

# Das ganze System ist korrupt

Angesichts der Ausmaße des Korruptionssumpfes wächst die Abscheu gegen diese Betrüger. Empörend ist auch ihre Dreistigkeit: Dieselben Politiker, die jahrelang mit dem Hinweis auf leere Kassen uns das Geld aus der Tasche gezogen haben, haben ihre eigenen Kassen mit Schmiergeldern gefüllt. Aber dieses Verhalten hat Tradition.

Kristian Lehle, Köln

Allein die Reihe der wegen diverser Vergünstigungen und Skandale zurückgetretenen Ministerpräsidenten ist lang. Wer erinnert sich noch an Amigo-Streibl (CSU) oder an Traumschiff-Späh (CDU, Baden-Württemberg)? Letzter Fall in dieser Reihe war Glogowski der als Ministerpräsident von Niedersachsen allzu bereitwillig „Sachspenden“ der Industrie (LTU, Binding, u.a.), annahm. Sie alle traten nach öffentlichem Unmut zurück, ohne eine wirkliche Bestrafung oder Schuldgefühle.

Das System funktioniert jedoch weiter, die Industrie und ihre Lobbyisten zahlen und die gekauften Politiker erfüllen die Wünsche ihrer Geldgeber. Nicht der Wille der WählerInnen zählt also, sondern, sondern die Wünsche der Unternehmer. Wer glaubt denn, daß Wafenhändler oder Großunternehmen Parteien und Politikern Geld geben, ohne dafür Gegenleistungen zu erwarten und auch zu bekommen? Kapitalisten ver-

schicken nichts, sie kaufen und sie verkaufen. Die Politik der Kohl- und die der Schröderregierung, zeigt den Erfolg dieser Methode, die Unternehmenssteuern werden gesenkt und die Gewinne steigen. Waffengeschäfte werden erlaubt, Subventionen vergeben und wenn tatsächlich mal die Steuerfahndung erscheint, wird man praktischerweise aus erster Hand vorgewarnt.

Sollte dummerweise, wie zur Zeit, zu viel von diesen dunklen Geschäften an die Öffentlichkeit dringen, wird sofort ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der volle Akteneinsicht in staatsanwaltliche Ermittlungen bekommt. Die in diesem Ausschuß sitzenden Politiker können ihre eigenen Parteifreunde von aller Schuld reinwaschen und unliebsame Ermittlungen sabotieren. Der eine oder andere Sündenbock wird geopfert und den Massenmedien zum Fraß vorgeworfen. Als Trostpflaster gibt es eine satte Staatspension und irgend ein „barmherziger“ Unternehmer hilft mit einem Beratervertrag weiter. Diese Mißstände sind keine Entgleisungen sondern erfolgen zwangsläufig. Wenn man in der Un-Sozialen-Marktwirtschaft mit Geld alles kaufen kann, dann auch Politiker. 1 Millionen DM in bar sind doch, z.B. für die Deutsche Bank u.a. nicht einmal Peanuts.

Solange private Banken und Konzerne die Wirtschafts- und die Finanzwelt kontrollieren, werden Politi-

ker gekauft werden, um die Wünsche des Großkapitals zu erfüllen. Nicht die Reform, die Abschaffung dieses Systems muß daher unser Ziel sein. Die arbeitende Bevölkerung hat aber derzeit keine starke politische Inter-

essenvertretung. Eine neue Arbeiterpartei muß aufgebaut werden, finanziert durch die Beiträgen und Spenden der kleinen Leute, und auch kontrolliert von ihnen. Und sie wird nur dann eine Arbeiterpartei sein und

bleiben, wenn ihre Funktions- und Mandatsträger nicht mehr verdienen als ein durchschnittliches Einkommen. (Siehe auch Seite 2: „Unser Standpunkt“ und weitere Artikel).

## Skandalöse Skandale

Strafzahlungen der CDU von insgesamt mehr als 400 Millionen Mark wären nach Meinung des Parteienrechtlers Professor Martin Morlok fällig

-Die ehemalige Staatssekretärin im Verteidigungsministerium(1987-91) Agnes Hürland-Bünig, CDU kassierte 8,5 Millionen DM Beratungshonorar vom Thyssen- Konzern. Dieser war Geschäftspartner von Elf-Aquitaine, dem neuen Besitzer der Leuna Raffinerie und der Minoltankstellen, bei deren Kauf weitere Millionen an Schmiergeldern flossen.

-Frau Hürland-Bünig sollte den Bau einer Pipeline der Konkurrenz in die Leuna-Region verhindern und einen gewichtigen Grundstückskauf bei Berlin vorbereiten. (Der Bauantrag für die Pipeline wurde dann auch vom Bauminister von Sachsen-Anhalt abgelehnt.)

-Sie ebnete den Weg für neue Netzlizenzen für die Thyssen-Tochter E-Plus

-Der Hamburger Unternehmer Ehlerding spendete der CDU 1998 und 1999 mindestens 5 Millionen DM. Ehlerding ist Mehrheitseigner des Immobilienkonzerns WCM, der im Sommer 1998 den Zuschlag für den Erwerb von 31 000 Eisenbahnerwohnungen bekam.

## Normale Skandale

Auszug aus der Liste der Spender von Beträgen über 20.000 DM im Rechenschaftsbericht der CDU für das Jahr 1997: (Beträge in DM)

Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie e.V.: **40.000**  
Bayerische Motorenwerke AG: **110.000**  
Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.: **29.500**  
Daimler Benz AG: **92.500**  
Deutsche Bank AG: **445.000**  
Deutsche Vermögensberatung AG: **121.500**  
Verband der Chemischen Industrie e.V.: **254.000**  
Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e.V.: **300.000**  
Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW e.V.: **350.000**

Der Rechenschaftsbericht der SPD von 1997 (bevor sie an der Regierung war) weist weniger Großspender aus, als der der CDU: Auszug aus der Spenderliste:

Daimler Benz AG: **92.5000**  
Fachverb. Kartonverpackung f. flüssige Nahrungsmittel e.V.: **30.000**  
Hochtief AG: **29.500**  
Verband der chemischen Industrie e.V.: **38.000**  
Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg e.V.: **100.000**  
Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW e.V.: **75.000**

Tarifrunde 2000:  
Ran an die Profite

Seite 3

Alle Atomkraftwerke  
sofort abschalten

Seite 6 und 7

Interview: Wer stoppt  
die WTO?

Seite 8

Tschetschenien-Krieg:  
Massenmord

Seite 9

# Steuerreform 2000 Umverteilung unter neuem Namen

„Unsere Steuerpolitik ist sozial gerecht“ behauptete Bundesfinanzminister Eichel bei der Vorstellung der Steuerreform 2000 Ende letzten Jahres. Das tatsächlich alle Teile der Bevölkerung entlastet werden widerspricht schon der allgemeinen Erfahrung. Wer zahlt also unterm Strich und wer kassiert?

Georg Kümmel

Zur Beantwortung dieser Frage denken wir uns die Gesellschaft einmal in zwei Lager geteilt. In dem einen Lager befinden sich alle abhängig Beschäftigten – gut und schlechter Verdienende, dazu die Arbeitslosen, außerdem die RenterInnen, SozialhilfeempfängerInnen, StudentInnen. Alle zusammen mit dazugehörigen Familien rund 80 Prozent der Bevölkerung. Wir nennen sie im folgenden einfach Arbeiterklasse. In dem anderen Lager befinden sich die Besitzenden, die ihr Einkommen aus ihren Unternehmen, Immobilien, Aktien und sonstigem Vermögen beziehen. Wir nennen sie Kapitalistenklasse oder kurz Kapitalisten.

## Sozial gerecht?

Bevor wir die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuerreform untersuchen, dürfen wir die Belastungen nicht vergessen. Da wären zunächst zu zahlen knapp 30 Milliarden für das im Herbst verabschiedete Sparpaket. Es trifft bekanntermaßen fast ausschließlich RentnerInnen und Arbeitslose also die Arbeiterklasse. Ein Teil der Kürzungen trifft die Kommunen und wird durch Maßnahmen wie Gebührenerhöhungen an die Einwohner weitergegeben, also zu mindestens 80 Prozent wieder an die Arbeiterklasse. Zu zahlen ist da auch noch die sogenannte Ökosteuer. Macht mindestens fünf Milliarden Mehrkosten allein



Steuerreform 2000: Wer zahlt, wer kassiert?

in diesem Jahr. Wie bei allen Massenverbrauchssteuern gilt auch hier: die Masse zahlt. Es leuchtet auch ohne weiteres ein, daß die relativ kleine Zahl passionierter Porsche-Fahrer nicht so viele Kilometer fährt, wie das Millionenherr der Berufspendler. Mindestens 80 eher über 90 Prozent des Sparpaketes und der sogenannten Ökosteuer zahlt also die Arbeiterklasse. Finanzminister Eichel hat vorgerechnet, daß die Steuerreform in der Endstufe im Jahr 2005 eine Gesamtentlastung von 73 Milliarden DM bringt. Davon entfallen 18,6 Milliarden auf die Unternehmen, also direkt auf die Kapitalisten. 54,3 Milliarden beträgt die Entlastung der privaten Haushalte. Hinter diesem schönen Begriff verbergen sich aber sowohl der Haushalt eines Geringverdieners als auch der eines Einkommensmillionärs. Die PDS hat ausgerechnet, daß im Jahr 2005 ein Alleinstehender mit einem Jahresbruttoeinkommen von 20.000 DM um 407 DM, einer mit einem Jahresbruttoeinkommen von 200.000 DM aber um 10.238 DM entlastet wird. Sozial gerecht? Von dem auf 10.000 DM erhöhten Kinderfreibetrag profi-

tieren vor allem Eltern mit hohem Einkommen.

Bis zum Jahr 2003, das ist bereits beschlossen, wird die sogenannte Ökosteuer noch dreimal erhöht werden. Die Mehrbelastung gegenüber 1998 wird sich dann auf jährlich mindestens 25 bis 30 Milliarden DM belaufen. Außerdem hat die Bundesregierung die Fortschreibung ihres Sparpaketes angekündigt. Gegenüber dem Stand von 1999 werden dann jährlich 50 Milliarden DM gekürzt. Zusammen gerechnet also 75 bis 80 Milliarden die, wie wir gesehen haben, fast ausschließlich von der Arbeiterklasse zu bezahlen sind. Diese Zahlen machen deutlich: Die neue Bundesregierung macht mit ihrer Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen da weiter wo die Kohl-Regierung nach 16 Jahren aufhören mußte. Allerdings etwas undurchsichtig in Szene gesetzt, indem sie bei den RentnerInnen und Arbeitslosen mehr kürzt als bei den Beschäftigten, diesen sogar einige Steuern senkt, aber nur um ihnen einen größeren Betrag direkt oder indirekt wieder aus der Tasche zu ziehen. ■

## unser standpunkt

### Die Arbeiterklasse braucht eine eigene Partei

Der aktuelle Polit-Skandal ist nicht der erste sondern nur ein weiterer in einer ununterbrochenen Reihe von Spenden-, Korruptions- und Bestechungsaffären. Die erste Erkenntnis ist deshalb: Solange die Macht vom Kapital ausgeht, bleiben Politik und Staatsmacht käuflich. Und das Kapital nutzt seine Macht, nicht nur um den ein oder anderen Rüstungsauftrag zu ergattern, sondern um das kapitalistische Profitsystem insgesamt zu erhalten. Das Kapital hat auch schon die Nazis finanziert und Hitler an die Macht gebracht. Über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e.V.“ – der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Flick-Parteispenden-Affäre, als größte Geldwaschanlage der Bundesrepublik bekannt geworden –, schreibt die Wirtschaftszeitung Handelsblatt selber folgendes: „Gegründet wurde sie von Spitzen aus Industrie- und Finanzwirtschaft, und zwar zur Förderung der Marktwirtschaft und zur Bekämpfung des Sozialismus“. (Handelsblatt, 8. 1. 2000).

Es wäre naiv zu glauben, die Kapitalisten könnten jemals drauf verzichten alle Mittel die sie haben legal oder illegal einzusetzen um ihr System und ihre Interessen zu schützen.

Das eigentliche Problem ist: Wer vertritt die Interessen der ArbeiterInnen und Arbeitslosen? Sie werden von den sogenannten „Volksvertretern“ buchstäblich verkauft. Auch die Bundestagsabgeordneten von Parteien, die einst von der Arbeiterklasse aufgebaut wurden, (SPD), oder die vorgibt, im Interesse der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen zu handeln, (PDS), werden direkt oder indirekt korumpiert. Die Einkommen der Bundestagsabgeordneten liegen weit über dem Durchschnitt der arbeitenden Bevölkerung. Ihr Parlamentssitz beschert ihnen weitere Privilegien. Ganz legal vergütungen sie sich zum Beispiel auf „Informationsreisen“ in

alle Welt. Von diesen Leuten zu erwarten, sie würden die Interessen von Durchschnittsverdienern oder Sozialhilfeempfängern vertreten, heißt auf Wunder hoffen.

#### Klassenfragen

In einer Klassengesellschaft, einer Gesellschaft mit gegensätzlichen Interessen, muß jede Partei entscheiden wessen Interesse sie vertritt: die Interessen der Unternehmer oder die der Arbeiterklasse. Die etablierten Parteien von der CSU über SPD bis zu den Grünen setzen die Interessen der Banken und Konzernen durch. In der Praxis drückt sich das unter anderem in der Umverteilung und Steuererleichterung für die Unternehmer aus.

Die PDS bestreitet, daß es einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeiterklasse gibt – und entscheidet sich dort, wo sie mitregiert, für die Interessen des Kapitals.

Die arbeitende Bevölkerung hat derzeit keine starke politische Interessenvertretung. Die Antwort auf die Erkenntnis, daß das System und ihre VertreterInnen korrupt sind kann nicht heißen, den Kopf in den Sand zu stecken sondern die Ärmel hochzukrempeln und eine eigene Interessenvertretung, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen.

Finanziert, getragen und kontrolliert durch die Beiträgen, Spenden und Mitarbeit derjenigen, in deren Interesse sie handelt: Arbeitende, Arbeitslose, SchülerInnen, Azubis, StudentInnen... Alle Funktions- und Mandatsträger dürfen nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn, sie müssen jederzeit abwählbar sein sowie einer strengen Offenlegungs- und Rechenschaftspflicht unterliegen. Das sind Maßregeln, die die SAV schon immer fordert und für sich praktiziert.

### Die Öffentlichkeit muß erfahren, wer wen legal und illegal besticht

- ✗ Sofortige Streichung aller Diäten und Pensionszahlungen an Politiker wie Kohl und Kanther, die in die Betrugs und Spendenaffären verwickelt sind
- ✗ Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die öffentlich tagt, aus gewählten VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung zur Untersuchung der Parteifinanzen
- ✗ Offenlegung der Geschäftsbücher

- der Banken und Konzerne und Unterstützung der Finanzen durch gewählte VertreterInnen aus Betrieb und Gewerkschaft
- ✗ Keine Steuergelder zur Finanzierung der Parteien
- ✗ Schluß mit der Diktatur des Kapitals – Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- ✗ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

## Parteien der Reichen - Skandalparteien

Die italienischen Christdemokraten sind in den 90er Jahren nach Jahrzehnten an der Regierung im Korruptionssumpf mafioser Politik mit Bestechung als Regelfall untergegangen. Die japanischen Liberaldemokraten erlebten nach Jahrzehnten an der Macht Spaltung und Niedergang, ebenso die britischen Tories, die seit ihrer Vertreibung aus dem Amt am Boden liegen.

Angela Bankert

Ein ähnliches Schicksal scheint nun auch die CDU zu ereilen. Was nach alter CDU Tradition schon unmittelbar nach der Wahlniederlage zu erwarten war, nämlich die Nacht der langen Messer, und erst einmal dank rot-grüner Politikpleiten vertagt werden konnte, kommt nun befördert durch die Spendenaffären mit umso größerer Wucht zum Vorschein.

Die Krise der etablierten Parteien in einer Reihe von Ländern hat einige gemeinsame Züge: langjährige Regierungszeiten, Filz und Seilschaften, die selbst für die Herrschenden zu teuer und in ihrer Skandalträchtigkeit zu riskant wurden. Inzwischen fühlen sich die Herrschenden nicht mehr von linken Parteien bedroht sondern haben sogar Alternativen: In Japan regierten sie zeitweilig durch und über die Sozialistische

Partei, die flugs ihr linkes Programm und das „sozialistisch“ im Namen abwarf, in Italien ist die früher schwer berechenbare Kommunistische Partei zur vertrauenswürdigen PDS geworden, in Britannien ist Blairs New Labour in eine von Grund auf zuverlässige bürgerliche Partei mutiert. Und auch in Deutschland können sich – nach anfänglichen Irritationen – die Henkel, Hundt & Co. auf Industrie- und Autofreund Schröder samt seinen handzählenden Grünen vollauf verlassen. Das schafft Luft für gewisse Aufräumarbeiten, solange sie nicht allzu gründlich sind.

Gleichzeitig haben die Enthüllungen ihre eigene Dynamik. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Veröffentlichungen der Skandale eine Umgruppierung im Lager der traditionellen bürgerlichen Parteien, – CDU, CSU und FDP –, auslösen. Die FDP steht in Konkurrenz zu den öko-liberalen Grünen, die CDU verliert stark an Unterstützung. Gleichzeitig wird sich Rot-Grün durch weiteren Sozialabbau bei ihren WählerInnen unbeliebt machen. Auf der Linken diskutiert die PDS-Führung wie sie möglichst rasch nach rechts zur SPD aufrücken kann. Diese Konstellation schafft das Potential für eine extrem rechte Partei (wie Haider in Österreich) und birgt die Gefahr von Wahlsiegen der Faschisten solange keine starke linke Alternative angeboten wird. ■

### Korruption international

Auf einem Gruppenfoto beim Abkommen von Maastricht im Jahr 1991 zeigt sieben führende Politiker aus sechs verschiedenen europäischen Ländern, deren Verwicklung in Korruptionsskandale inzwischen öffentlich bekannt wurde: Mitterrand aus Frankreich, Gonzales aus Spanien, Mitsotakis aus Griechenland, Haughey aus Irland, Andreotti aus Italien, Martens aus Belgien und jetzt noch Helmut Kohl.

#### Gekauft

Insgesamt erhielt die CDU im Jahr 1997 laut eigenem Rechenschaftsbericht 10 Millionen DM Spenden von „juristischen Personen“ (Aktiengesellschaften, GmbHs, Personen – und Kapitalgesellschaften, Vereine, Stiftungen), also im Prinzip aus der privaten Wirtschaft. Außerdem erhielt die CDU noch 73 Millionen DM staatliche Mittel.

Die SPD erhielt 1997 laut Rechenschaftsbericht Spenden von „juristischen Personen“ in Höhe von 3,3 Millionen DM. An staatlichen Mitteln erhielt sie 90 Millionen DM.

#### Moral der Herrschenden:

Die Ankündigung von Altbundeskanzler Kohl vor der Handelskammer Hamburg, er werde, (rechtswidrig), die Namen der Spender nicht nennen, wurde von den TeilnehmerInnen heftig beklatscht.

Wie es um die politische Moral von FDP und SPD bestellt ist erkennt man daran, daß der im Zusammenhang mit dem Flick-Partei-Spendenskandal vorbestrafte Otto Graf Lambsdorff heute Ehrenvorsitzender der FDP ist. Bundeskanzler Gerhard Schröder ernannte ihn zum Verhandlungsführer in der Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter.

#### Unabhängig?

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst&Young, die mit der Überprüfung der Bücher und Konten im CDU-Spendenskandal beauftragt ist, ist von der CDU selbst ausgesucht worden, und hat 1998 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pougine GmbH übernommen, die schon seit langem die CDU-Bücher begutachtete.

#### Do-it-yourself

Eine Prüfung der Rechenschaftsberichte der Parteien durch das Finanzamt findet gar nicht statt. „Bei Parteigeldern ist der Wirtschaftsprüfer gewissermaßen Steuerberater und Finanzbeamter in einer Person. Denn der Bundestagspräsident als letzte Instanz kann das Abschlusszertifikat mangels inhaltlicher Kompetenz nur noch abnicken.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.1.2000)

## Legal, Illegal, schießBegal

„Wie will man den normalen Bürger klarmachen, daß es eben diejenigen, die Gesetze machen, gleichzeitig vorhaben, sie zu brechen?“, fragt der Spiegel in einem Kommentar zu den Spendenaffären.

Ursel Beck

Die Partei, die in 38 Jahre den Kanzler gestellt hat ist nach der Definition von § 129 des Strafgesetzbuches eine kriminelle Vereinigung. Der schwarze Sheriff Kanther hat sich in seiner Amtszeit als Bundesinnenminister unter Kohl vor allem dadurch hervorgetan, daß er jeden kleinen Ladendieb ausländischer Herkunft sofort abschieben wollte und der „organisierten Kriminalität“ den Kampf ansagte. Jetzt stellt sich heraus, daß er selbst Drahtzieher einer organisierten Kriminellenbande ist.

Niemand geringeres als der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Ex-Verteidigungsstaatssekretär Holger Pfahls ist wegen seiner Verwicklung in die Panzeraffäre untergetaucht.

Wenn es dem Untersuchungsausschuß im Bundestag darum ginge hart durchzugreifen, warum nimmt er dann nicht die Möglichkeit in Anspruch Kohl wegen seiner Aussageverweigerung in Beugehaft zu bringen. Die Leuna-Akten im Kanzleramt sind verschwunden. Warum gibt es keine Untersuchungen bei den Firmen selber, um dem Geldfluß auf die Spur zu kommen?

Die CDU wäre bankrott, wenn sie alle zu unrecht erhaltenen

staatlichen Gelder zurückzahlen und die hinterzogenen Steuern nachbezahlen müßte. Aber weder FDP noch SPD und Grüne geschweige sonst jemand in den oberen Etagen von Staat und Unternehmern will daß sich die Unternehmerpartei CDU in nichts auflöst. Kein Gericht wird die CDU und ihre Spitzenpolitiker für ihre illegalen Machenschaften aburteilen. Die Justiz wird genauso gnädig sein, wie im Rechtsstreit um die Rückzahlung von staatlichen Zuschüssen an die FDP. Das Oberverwaltungsgericht entschied, daß die FDP 1996 zwar keinen Anspruch auf 12,4 Millionen staatliche Zuschüsse hatte, jedoch von dem Geld nur 300.000 zurückzahlen muß. Während in Deutschland Menschen wegen Schwarzfahren im Gefängnis sitzen, laufen Politiker, die Millionen verschoben haben weiter frei herum.

Der Korruptionssumpf und die Behandlung der Täter zeigt, daß die bürgerliche Demokratie in Wahrheit die Diktatur der Banken und Konzerne ist. ■

„Ohne einen allgemein zu beachtenden Konsens über Recht und Ordnung kommt keine Gesellschaft aus. Dieser Konsens besteht darin, daß Gesetze für jedermann gelten und gegen jedermann durchgesetzt werden müssen.“

(Manfred Kanther 1994)

Tarifrunde 2000

# Ran an die Profite

Mit einer 6,5%-Forderung ist die IG-Metall im letzten Jahr in die Tarifrunde gegangen. Herausgekommen sind am Ende 3,2% und eine Einmalzahlung, die nicht in die Berechnungsbasis für Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Zuschläge und die diesjährige Tarifierhöhung eingeht. Wenn der IGM-Vorstand jetzt mit einer Forderung von 5,5% in die Tarifrunde geht, signalisiert er damit bereits der Mitgliedschaft, daß er weniger als im letzten Jahr heraushehlen will.

Ursel Beck

Das ist angesichts des inzwischen erreichten Nachkriegsrekordtiefs der Nettolohnquote, der Rekordgewinne und der weiteren milliarden schweren Steuerentlastungen für Unternehmer und Reichen und täglich neuer Korruptionsfälle schon ein Skandal an sich. Zusätzlich sollen die Unternehmer durch die frühere Verrentung weitere Arbeitsplätze abbauen können. Mit der Vereinbarung im

„Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ hat sich die Gewerkschaftsführung vor den Propagandakaren der Unternehmer spannen lassen, wonach der Produktivitätszuwachs von den Unternehmern angeblich „beschäftigungswirksam“ eingesetzt werden soll. Die Tatsache, daß der durchschnittliche Produktivitätszuwachs der Wirtschaft, der irgendwo zwischen 2,5 und 3,5% liegt, als Obergrenze für den Verteilungsspielraum von den Gewerkschaften vor der Tarifrunde akzeptiert wird, bedeutet die Akzeptanz einer Lohnleitlinie, die die Gewerkschaftsführung bisher zumindest in Worten abgelehnt hat.

Die kampfstarke Bataillone in der Autoindustrie sollen wohl nicht auf die Idee kommen, den überdurchschnittlichen Produktivitätszuwachs und die Rekordprofite zu einem Tarifergebnis zu nutzen, das von allen anderen als nachahmenswertes Beispiel gesehen werden könnte. Das ist der Hauptzweck der Bündnis-Vereinbarung.

## Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze

Die ganze Erfahrung der Gewerkschaften zeigt, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft. Dies mußte auch die Gewerkschaftsspitze aufgrund der Erfahrung mit dem Reallohnverzicht in den 90er Jahren offen zugeben. Warum sollten dann die Unternehmer plötzlich den Produktivitätszuwachs für die Beschäftigungssicherung nutzen? Der ganze Produktivitäts- und Gewinnzuwachs resultiert letztlich aus nichts anderem als aus Rationalisierung und Intensivierung, sprich Arbeitsplatzvernichtung. In der Bündnisvereinbarung ist auch keine Rede von einer Garantie für Arbeitsplatzschaffung. Bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben gehen die Bündnispartner „davon aus, daß eine hohe Wiederbesetzungsquote angestrebt ...wird.“ Diese Klausel ist nicht mal das Papier wert, auf dem sie steht. Sie wird sich wie das Lehrstellenversprechen vom Sommer als Lüge herausstellen.

## Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst

Bundesinnenminister Schily hat angekündigt, daß im öffentlichen



Metaller im Warnstreik bei der Tarifrunde 1999

Dienst jede Lohnerhöhung, die über die Inflationsrate hinausgeht Arbeitsplätze kosten wird. Hat er damit gesagt, daß es keinen weiteren Arbeitsplatzabbau geben wird, wenn die Lohnerhöhungen auf die Inflationsrate begrenzt bleiben? Nein das hat er nicht. Und das wäre auch eine glatte Lüge. Denn die Bundesregierung hat bereits mit ihrem 28-Milliarden Kürzungsprogramm beschlossen, in den nächsten 4 Jahren 6% der Stellen beim Bund zu vernichten. Und hinter dem Kabinettsbeschluß vom 1.12.1999 mit dem Titel „moderner Staat - moderne Verwaltung“ verbirgt sich nichts anderes als ein riesiges Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Lohndrückerei bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die rot-grüne Gesundheitsreform ist ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für die Krankenhäuser.

## Kampf um Arbeitsplätze

Ob Arbeitsplätze verteidigt oder neu geschaffen werden hängt nicht davon ab, ob die Löhne niedrig sind, sondern ein-

zig und allein davon, ob die Gewerkschaften einen entschlossenen Kampf führen. Genau das will die Gewerkschaftsführung aber nicht. Sie machte in der jüngsten Bündnis-Vereinbarung stattdessen den Unternehmern sogar das Zugeständnis, daß sie „in den nächsten zwei Jahren Vorschläge aus der Diskussion um Arbeitszeitkonten zum Gegenstand tarifvertraglicher Vereinbarungen machen“. Dies wäre ein weiteres wichtiges Mittel für die Bosse Stellen abzubauen und Löhne zu kürzen. Diese „Diskussion“ findet nicht in den Gewerkschaften statt, sondern in einer Arbeitsgruppe aus Unternehmern, Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern. Zusammen mit der Verpflichtungserklärung zu einer „längerfristigen Tarifpolitik“ kann das Ganze nur heißen, daß der IGM-Vorstand wiederholt versucht, den Kampf für Arbeitszeitverkürzung und die Kündigung des Manteltarifvertrags zu Ende Dezember 2000 abzusagen. Damit wird immer deutlicher, daß das „Bündnis für

Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ für die Gewerkschaftsspitze den Zweck hat Gewerkschaftsbeschlüsse, die der Führung nicht passen, zu kippen und über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg unternehmerfreundliche Politik zu betreiben.

## Druck organisieren

Durch die Bündnis-Vereinbarung, die Rente mit 60 und die 5,5%-Forderung haben die Gewerkschaftsführer die Weichen für die Tarifrunde Richtung Niederlage gestellt. Nur der Druck der Basis kann den Zug in diese Richtung noch aufhalten. Er hat bereits bewirkt, daß die Forderung nicht noch niedrigerer ausfiel, wie Zwickel selbst zugegeben hat. Aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute und Betriebsräte müssen sich aktiv in die Tarifrunde einschalten und sich gegen einen drohenden Ausverkauf zusammenschließen. Die bestehenden oppositionellen Gruppen und die Vernetzung der gewerkschaftlichen Linken können dabei eine wichtige Rolle spielen. ■

## Unser Programm

- \* 500 DM Festgeld für alle
- \* 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Lebensjahre ohne Rentenabschlag
- \* Übernahme der Westtarife im Osten
- \* Ein Jahr Laufzeit der Tarifverträge
- \* Rücknahme der Verschlechterung des Paragraphen 116 AFG
- \* Gewerkschaften raus aus dem sogenannten „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- \* Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik
- \* Gemeinsamer Kampf von ÖTV und IGM und anderen Gewerkschaften
- \* Für gläserne Tarifverhandlungen. Demokratische Diskussion und Entscheidung über jeden wichtigen Schritt.

# Privatisierung ist Diebstahl

Wenn CDU und FDP in Köln sich mit ihren Privatisierungsvorhaben durchsetzen, dann wird der öffentliche Dienst in dieser Stadt in einigen Jahren nur noch aus Polizei und dem Sozialamt bestehen. Gas-, Wasser-, und Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe, städtische Wohnungsbaugesellschaft, Flughafen, Messe, Müllabfuhr, städtische Kliniken sollen an private Konzerne verschertelt werden. Der Verkauf von knapp der Hälfte der Müllabfuhr wurde bereits beschlossen.

Um die Privatisierungen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, werden mehrere Gründe ins Feld geführt:

## „Private Unternehmen seien effizienter“

Nach der Privatisierung werden in den betroffenen Unternehmen immer Stellen abgebaut. Der Service wird schlechter. Was ist effizient daran, Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken? Meistens werden die Aufgaben eines öffentlichen Dienstleisters durch mehrere private ersetzt. Was ist effizient daran, daß statt eines gelben Postautos jetzt UPS, DPD und German Parcel hintereinander durch alle Straßen jagen? Effizienz im (privat-)betriebswirtschaftlichen Sinne wird hier höchstens durch gesteigerte Arbeitsetze und schlechtere Löhne erreicht, die Umwelt und die Gesundheit der Beschäftigten bleiben bei der Rechnung außen vor.

Außerdem gehören zu den öffentlichen Einrichtungen auch solche, die schon von ihrer Ausrichtung her nicht kostendeckend angelegt sind. Schwimmbäder oder kulturelle Einrichtungen beispielsweise. Diese sollen aus Steuermitteln, also von der Allgemeinheit, zum Wohle der Allgemeinheit preiswert zur Verfügung gestellt werden. Sport und Kultur sollten keine Wirtschaftsgüter sein, die nur denen zur Verfügung stehen, die es sich leisten können, sie zu konsumieren.

## „Private Unternehmen würden Leistungen billiger anbieten“

Nach der Privatisierung muß auch noch der Profit für den Unternehmer bezahlt werden. Außerdem bedeutet private Wirtschaft Korruption und damit verbunden überbeuerte Preise. Seit private Firmen ins Müllgeschäft eingestiegen sind, haben sich die Preise für die Abfallentsorgung vervielfacht. In ihrem Konkurrenzkampf um Aufträge und Profite schrecken die privaten Unternehmer vor nichts zurück. Um sich Vorteile bei der Auftragsvergabe zu beschaffen, werden Politiker bestochen und Aufträge schlampig ausgeführt.

## „Mit dem Verkauf öffentlicher Einrichtungen würden Schulden abgebaut“

Dieses Argument ist eine der schlimmsten Lügen im Zusammenhang mit Privatisierungen. Natürlich stellen die öffentlichen Einrichtungen ein riesiges Vermögen dar. Aber dieses Vermögen wurde aus den Steuerleistungen der gesamten Bevölkerung aufgebaut. Wenn diese Einrichtungen einmal verkauft wurden, (noch dazu zu Spottpreisen), um einen einzigen Haushalt zu sanieren, ist die Arbeit von vielen Generationen auf einen Schlag unwiederbringlich aus dem Besitz und dem Einflußbereich der Öffentlichkeit verschwunden. Für die Nutzung der privatisierten Einrichtungen sind Jahr für Jahr saftige Mieten und Entgelte fällig. Statt zu sinken steigt die Belastung der Kommunen.

Privatisierungen sind also vor allem Raub an öffentlichem Eigentum.

Darum ist es erforderlich, entschieden gegen geplante Privatisierungen vorzugehen.

Johannes Bauer



Beschäftigte der Kliniken der Stadt Köln, darunter Küchenpersonal, protestieren gegen Privatisierung

Ihr da oben ...



## Steuerfreie Aktiengewinne

Bisher sind die Aktionäre ihrer steuerlichen Meldepflicht von Gewinnen durch Aktienverkäufe selten nachgekommen. 1998 betrugen die Einnahmen des Staates aus versteuerten Kursgewinnen läppische 30 Millionen DM. Allein die Biersteuer erbrachte im selben Jahr das Sechzigfache.

## Bahnunfälle

Die Antwort des Bahnchefs Mehdorn auf das neue Gutachten über die Unfallursachen von Eschede, ist eindeutig: Stellenabbau. Aus mangelnden Sicherheitsgründen sind im Juni 1998 102 Menschen umgekommen. Beim geplanten Stellenabbau von 70.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2004 können wir uns beruhigt zurücklehnen: Bahnfahren wird wieder richtig spannend.

## Kemenergie für Küchenwerbung

Seit Jahren erhält Familie K mindestens einmal pro Woche mit der Tageszeitung eine Werbebeilage mit der das ein oder andere Möbelhaus seine Küchen anpreist. Die identische Werbung erhält Familie K auch noch einmal pro Woche als Beilage eines Anzeigenblattes, daß an alle Haushalte verteilt wird. Familie K wohnt an der Stadtgrenze. Deshalb erhält sie einmal pro Woche auch das Anzeigenblatt der Nachbarstadt, ebenfalls mit besagter Werbebeilage. Familie K erhält also Woche für Woche drei identische Küchenwerbungen - mindestens, denn von Zeit zu Zeit werben auch zwei oder drei konkurrierende Möbelhäuser in einer Woche gleichzeitig für den Kauf ihrer Küchen.

Nun hat sich Familie K erst vor fünf Jahren eine Küche gekauft und wird sich voraussichtlich auch in den nächsten 15 Jahren keine neue kaufen. Vorsichtig geschätzt wird sie in zwanzig Jahren 3000 Küchenwerbungen erhalten haben, die Kleinanzeigen in der Tageszeitung nicht mitgerechnet. Eine Menge Papier und Energie wird verbraucht worden sein.

Aber diese Art der Energieverschwendung, diese Möglichkeit Energie einzusparen, ist auch für die Grünen kein Thema. Denn zur Marktwirtschaft gehört die Konkurrenz und zur Konkurrenz gehört die Werbung. Und die Grünen können sich kein besseres System vorstellen, als die Marktwirtschaft. (Wahrscheinlich wird ein grüner Minister der Familie K die Schuld geben, weil sie doch ein Schild „Reklameeinwurf verboten“ an ihrem Briefkasten anbringen könne. Doch der Vorwurf trifft nicht, denn die eine Reklame kommt mit der Tageszeitung die anderen werden mittlerweile einfach vor die Tür gelegt.)

## Witz des Jahres

„Ich war nie bestechlich“ (Helmut Kohl)



... wir hier unten

# Gewerkschaftsopposition formiert sich

Ende November fand das siebte bundesweite Treffen des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ und Anfang Dezember das zweite bundesweite Treffen der Gewerkschaftslinken statt. Beide Treffen drücken aus, daß das Potential für eine starke innergewerkschaftliche Opposition gegen die Politik des Co-Managements der Gewerkschaftsbürokratie vorhanden ist. Die SAV fordert alle kämpferischen Gewerkschafter auf, sich aktiv am Aufbau dieser oppositionellen Kräfte zu beteiligen.

Ursel Beck und  
Dieter Janßen

Zum ersten mal in der Nachkriegsgeschichte hat sich die gewerkschaftliche Linke aller DGB-Gewerkschaften zusammengeschlossen. Allein die Verdoppelung der Teilnehmerzahl auf 300 beim Dezember-Treffen gegenüber dem ersten Treffen im April 1999 zeigt die Möglichkeiten.

Der rote Faden in der Diskussion war die Ablehnung des Neoliberalismus und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Kürzungspolitik der rot-grünen Regierung. Es wurde auch klargestellt, daß dem Anpassungskurs der Gewerkschaftsführungen an den Kurs der Schröder-Regierung nach außen sichtbare Zeichen entgegengesetzt werden müssen. Sicherlich nicht zuletzt wegen der guten Beteiligung und der lebendigen Diskussion ist das Vertrauen in die eigene Stärke und Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaftslinken gegenüber dem ersten Treffen und vergangenen Arbeitsausschußsitzungen

deutlich angestiegen.

## Bundesweite Demo im Jahr 2000

Bei dem Treffen der Gewerkschaftslinken im Stuttgarter Gewerkschaftshaus gab es eine klare Mehrheit dafür, in diesem Jahr in Berlin eine bundesweite Demo gegen die weitere Kürzungspolitik der Bundesregierung zu organisieren. Fast alle Teilnehmer lehnen das sogenannte „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ ab und wollen dies auch bei der Demo zum Ausdruck bringen. Eine solche Demo könnte die Herrschenden und die Gewerkschaftsführung enorm unter Druck setzen und gleichzeitig die Gewerkschaftslinken zum Kristallisationspunkt für kritische und kämpferische KollegInnen machen. Eine zentrale bundesweite Mobilisierung in Berlin könnte auch ein entscheidender Schritt sein um bei den KollegInnen in Ostdeutschland bekannt zu werden. Eine der bisherigen zentralen Schwächen, sowohl von der Zusammensetzung als auch von der in-

haltlichen Positionsbestimmung her, ist die Ausklammerung von Ostdeutschland.

## Neuaufbau der Arbeiterbewegung

Das breite Spektrum der Positionen wird zwangsläufig zu großen Kontroversen führen. Wenn diese Kontroversen demokratisch geführt werden, werden sie für alle nützlich und fruchtbar sein. Wegen der Rechtswende der ehemaligen Linksparteien und der Entpolitisierung der Gewerkschaften kann die Gewerkschaftslinken zu einem der wichtigsten Zentren für politische Debatten der Linken insgesamt und zu einem Faktor für die Politisierung der Gewerkschaften werden. Früher oder später wird die Gewerkschaftslinken eine Rolle spielen müssen beim Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, auch wenn die meisten Anwesenden das heute noch nicht als Perspektive sehen wollten.

Für den unmittelbaren Aufbau der Gewerkschaftslinken ist es wichtig, daß praktische Schritte erfolgen und alle aktiv daran ar-

beiten, den Kreis der Gewerkschaftslinken zu erweitern und ihren Einfluß auszuweiten. Der Aufruf zur Gründung von betrieblichen/lokalen und regionalen Gruppen über die bestehenden hinaus ist deshalb eine wichtige Aufgabe, die sich die Versammlung gestellt hat.

## Tarifrunde 2000

Nicht zuletzt bei der Diskussion um die Tarifrunde sind die gegensätzlichen Positionen aufeinandergeprallt. Die reformistische Linke, die hauptsächlich durch hauptamtliche Funktionäre vertreten wird, hat die Position, daß die Tarifrunde 1999 das Ende der Bescheidenheit war und daß die Gewerkschaften auf dieser Linie ihre Tarifpolitik fortsetzen müssen und verteidigt Zwickels „Rente mit 60“. Tarifierhöhungen begründen diese Linken unter anderem mit der notwendigen Erhöhung der Binnennachfrage. Sie tun also so, als ob Lohnerhöhungen im objektiven Interesse des Kapitalismus wären und es Aufgabe der Linken wäre, den Kapitalismus besser zu managen. Beides ist falsch und geht zudem am Bewußtsein der Beschäftigten vorbei. Wolfgang Schaumburg, Betriebsrat bei Opel Bochum, brachte das folgendermaßen auf den Punkt: „Bei mir im Betrieb wird nicht über die Stärkung der Binnennachfrage diskutiert, sondern darüber, was wir zum Leben brauchen, und so werden bei uns Forderungen aufgestellt.“ Die Mehrheit der TeilnehmerInnen war gegen das von der Gewerkschaftsführung vorgeschlagene Modell „Rente mit 60“. Die Autokoordination, ein Zusammenschluß von kritischen KollegInnen aus der Autoindustrie, hatte bei ihrem Treffen einige Wochen vorher eine Stellungnahme zur Tarifrunde verabschiedet, in der sie ihre Ablehnung der Umsetzung der „Rente mit 60“ ausführlich begründet und sich für „eine Festgeldforderung mit einem Volumen von 7 - 8 Prozent“ für die

diesjährige Tarifrunde und für die Entdichtung der Arbeit und die Eindämmung von Flexibilisierung ausgesprochen. Leider lag diese Stellungnahme bei dem Treffen der Gewerkschaftslinken nicht vor. Zusammen mit der Tarifrundresolution des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ hätte sie zur Diskussionsgrundlage für das praktische Eingreifen in der diesjährigen Tarifrunde dienen und so eine abstrakte und ergebnislose Diskussion in dieser Frage verhindern können.

## Systemfrage

Da die Diskussionen über Einzelfragen der gewerkschaftlichen Arbeit wie Tarif- und Sozialpolitik und Mitbestimmung nicht ausreichen, sondern daß auch eine weitergehende Diskussion über eine Systemalternative zum kapitalistischen System nötig ist, zeigte sich ebenfalls bei dem Linkentreffen im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. So wurde zum Beispiel festgestellt, daß nicht nur für Arbeit gekämpft werden muß, sondern auch für sinnvolle Arbeit. Ein Gewerkschafter aus der Druckindustrie

brachte dies so auf den Punkt: „In der Druckindustrie produzieren wir zu 80% unnützen Werbemüll. In einer vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft können wir uns als Drucker dann gleich mit den Müllmännern in einer Fachgruppe zusammenschließen.“

Die größte und schwierigste Herausforderung bleibt allerdings, angesichts der vertretenen Breiten politischer Überzeugungen und Herangehensweisen und der verschiedenen Herkunft der Teilnehmer ein gemeinsames Verständnis dafür zu entwickeln für welche gewerkschaftlichen und politischen Ziele die gewerkschaftliche Linke steht und wie sie diese Ziele durchsetzen will. Es ist zu hoffen, daß durch eine ausführliche Diskussion über eine Plattform am Ende ein Ergebnis herauskommt, mit dem sich die Linken identifizieren können und, was noch viel wichtiger ist, breitere Schichten von KollegInnen anspricht und zur Mitarbeit motiviert.

Kontaktadresse: Heinz-Günter Lang, Tannenburgerstr. 17, PF 1201, 64660 Alsbach-Hähnlein, Tel. 06257/1468

Beim ÖTV-Netzwerktreffen am 27.11.1999 mit 20 TeilnehmerInnen ging es darum, von den Sonderkongressen zur ver.di-Fusion Bilanz zu ziehen. Der einzige Antrag, der beim ÖTV-Kongreß ausdrücklich die Fusion ablehnte, kam aus Kassel und geht auf die Arbeit des Netzwerks zurück. Das Netzwerk will die Fusion auch weiterhin ablehnen und seine Resolution dagegen verbreiten. Die Auswertung der Kongresse bestätigte die Auffassung der NetzwerkkollegInnen, daß die Ablehnung von ver.di an der Basis zunimmt, je mehr durch seine Umsetzung klar wird, daß die Gewerkschaftsspitze die Gewerkschaften damit in einen undemokratischen Dienstleistungsbetrieb verwandeln will.

Zur Tarifrunde wurde ein Resolution verabschiedet in der deutlich gemacht wird, daß die ÖTV einen offensiven Kampf um Rückumverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und für radikale Arbeits- und Lebensarbeitszeitverkürzung führen muß. 500 Mark Festgeld, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und volle Rente mit 58 für alle sind die zentralen Forderungen, die die NetzwerkkollegInnen für die Tarifrunde einbringen wollen. Darüber wurde eine Resolution verabschiedet, die auch bei der Sitzung der Großen Tarifkommission im Dezember verteilt wurde.

Kontaktadresse: Angelika Teweleit, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel. 0561/69646



UnterstützerInnen des Netzwerks auf der Demo gegen den EU-Gipfel im Mai 1999

## Hamburg-Harburg

# Proteste bei Phoenix beendet

Seit September letzten Jahres hatten die KollegInnen der Phoenix AG in Hamburg-Harburg gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Produktion ins Ausland protestiert (VORAN berichtete darüber in den letzten Ausgaben).

Am 23. Dezember dann wurde die „Betriebsvereinbarung zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung des Standortes Hamburg“ abgeschlossen: Die Arbeitsplätze von ca. 300 Beschäftigten, bei derzeit 3000 Beschäftigten, werden an andere Standorte (voraussichtlich nach Ungarn) verlagert. Die KollegInnen müssen künftig einen Abschlag vom Weihnachtsgeld in Höhe von 7,5% im Jahr 2000 und jeweils 30% in den folgenden fünf Jahren hinnehmen. Es soll sechs Jahre keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Ca. 160 KollegInnen mit Zeitverträgen werden nach Vertragsende ebenso wie Leiharbeitskräfte nicht weiterbeschäftigt. Bei Versetzungen innerhalb des Werkes sind zum Teil massive Einkommenskürzungen möglich.

## Proteste

Nach Bekanntwerden der ersten Verlagerungspläne im September 1999 hatte die SAV zur Unterstützung der KollegInnen vor den Werkstoren mit einem Informationsblatt zu einer Protestaktion mobilisiert. 300 Personen nahmen daran teil. Die SAV-Mitglieder ergriffen daraufhin die Initiative zur Gründung des Solidaritätskomitees „Phoenix muss in Harburg bleiben“.

Unter dem Motto „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ trafen sich Phoenix-KollegInnen seit September wöchentlich im Rahmen des Solidaritätskomitees, wo die aktuelle Situation diskutiert und Aktionen geplant wurden.

Unterstützung hatten die Beschäftigten auch über den Stadtteil hinaus. Solidaritätserklärungen des Betriebsrates und der Vertrauensleute von Bosch-Siemens in Berlin, des Betriebsrates der Städtischen Kliniken Kassel, von Beschäftigten einer evangelischen Einrichtung und aus anderen Betrieben sind Beleg hierfür.

Der Betriebsrat hatte lange Zeit Aktionen in der Öffentlichkeit abgelehnt und setzte bis zuletzt auf die Verhandlungen. Die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie und Energie (IG BCE) hatte sich sogar vom Solidaritätskomitee distanziert und der Gewerkschaftsboss (gleichzeitig auch Mitglied im Aufsichtsrat und für die SPD Vorsitzender der Bezirksversammlung) sagte, er habe mit dem Komitee „nichts am Hut“. Zweimal hatten deshalb über 100 KollegInnen gemeinsam den Betriebsrat aufgesucht um für ihre Forderungen (unter anderem Verweigerung von Überstunden und Durchführung einer Demonstration) Druck zu machen. Eine Unterschriftensammlung für eine Demonstration erreichte innerhalb von drei Tagen 600 Unterschriften.

## Demonstration

Erst, nachdem das Solidaritätskomitee eine Protestkundgebung vor den Werkstoren beschlossen hatte und der Vorstand einen Horrorkatalog (u.a.

mit Forderungen nach dem Abbau übertariflicher Leistungen und Samstag als Regelarbeitstag) vorlegte, setzte der Betriebsrat für den 3.12. eine Demonstration an. Trotz Regen und Sturm wurde die Demonstration mit mehr als 1.500 TeilnehmerInnen ein großer Erfolg. Auf der Abschlusskundgebung erklärte ein Redner des Solidaritätskomitees: „Diese Demonstration ist der erste Schritt in unserem Kampf für die Arbeitsplätze.“ Umso mehr drängten Betriebsrat und IG BCE auf den schnellen Abschluss einer Vereinbarung. Gemeinsam argumentierten Betriebsrat und Geschäftsleitung auf einer kurzfristig angesetzten Betriebsversammlung für den ausgehandelten Kompromiss. Nur weitere Proteste der KollegInnen des Solidaritätskomitees in den Tagen zuvor hatten bis dahin einer Unterschrift des Abkommens verhindert und eine breite Diskussion in der Belegschaft über die geplante Betriebsvereinbarung ermöglicht.

Drei Monate setzte sich die Belegschaft im Betrieb für einen konsequenten Kampf um die Arbeitsplätze ein. Aufgrund der zögerlichen Haltung und der Passivität von Betriebsrat und Gewerkschaft sah am Ende die Mehrheit der Belegschaft keine Alternative zum Abschluss der Betriebsvereinbarung.

## Der Druck hat sich gelohnt

Ohne den Druck der KollegInnen im Betrieb wäre der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen für sechs Jahre nicht erreicht worden, hätte der Vorstand leichteres Spiel gehabt und der Betriebsrat wäre noch kompromissbereiter gewesen.

Der größte Erfolg ist aber ein anderer: Die Arbeiter der Phoenix AG haben bewiesen, was Solidarität bedeutet. Sie haben gezeigt, dass man sich wehren kann. Mehrere Wochen haben sich regelmäßig bis zu 30 KollegInnen getroffen um Ihre Kritik an Betriebsrat und Gewerkschaft zu diskutieren und eigene Vorschläge und Aktionen vorzubereiten. Unterschriftensammlungen, Informationsstände, Demonstration und eine breite Diskussion im Betrieb sind Ergebnisse davon.

Das Solidaritätskomitee trifft sich weiter. Die Herausgabe regelmäßiger Informationsschreiben im Betrieb wurde ebenso wie Solidaritätserklärungen für die von Arbeitsplatzabbau betroffenen KollegInnen von Talbot in Aachen und Babcock in Maschen (bei Hamburg) beschlossen. Kritische GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen aus verschiedenen Hamburger Betrieben haben ihre Unterstützung bekundet und regelmäßige Diskussionen und Austausch wurden vereinbart. Dies bietet die Chance, eine Alternative zur bisherigen Betriebsratspolitik und den Bürokraten in der Gewerkschaft aufzubauen.

## Jörn Kroppach, IG BCE-Mitglied, beschäftigt bei Phoenix

(Angabe der Funktion dient nur der Kenntlichmachung der Person)

Kontakt zum Solidaritätskomitee über:  
Michael Schade, Tel.040-7687335, email:  
soliphoenix@aol.com



# Singen, Kochen, Händchen halten – jetzt auch schießen!

Nach dem Urteil vom Europäischen Gerichtshof dürfen in Deutschland nun auch Frauen den Dienst an der Waffe leisten. Die frauenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Christina Schenk meinte zum Beispiel, daß „(...) die Berufswahl „Soldatin“ durchaus ein Beitrag zur Emanzipation von Frau und Mann sein (kann). Die Frage des Zugangs zum Dienst mit Waffen ist die Nagelprobe auf die Akzeptanz der Urteilbarkeit von BürgerInnenrechten.“

Ist die Emanzipation dann erreicht, wenn Frauen alles das tun dürfen, was auch Männer tun?

Wir kämpfen nicht um Gleichberechtigung um der Gleichbrech-

tigung willen, sondern um ein menschenwürdiges Leben in dem Bedürfnisse zählen. Krieg ist genauso wenig ein Bedürfnis von Männern wie von Frauen.

Die Bundeswehr ist die Schule der Nation: hier wird Gehorchen, Drill und Funktionieren eingeübt. Der Militärapparat ist mit all seinen Hierarchien, Privilegien und Befehlen letztendlich dafür da, die Macht und den Reichtum der Herrschenden zu verteidigen.

## Moderne Armee

Wie großzügig, uns nun gerade in diesem Bereich die "Emanzipation" zu gewähren. Interessant auch, daß die Klägerin so viel Unterstützung von hohen Militärs bekam. Könnte dies mit dem Interesse an einer Imageverbesserung der Bundeswehr zusam-

menhängen? In einer Zeit, in der es keine großen Feinde mehr gibt, die Bundesrepublik aber militärisch in der Welt verstärkt mitmischen will, für Frieden und Gerechtigkeit, versteht sich, braucht die Armee Akzeptanz in der Bevölkerung. Das Bild modern und gleichberechtigt zu scheinen, paßt den Militärstrategen gut.

## Neues Bild der Frau?

Daß sich das Bild der Frau in der Öffentlichkeit durch diese Änderung wandeln könnte und endlich mit den kruden Vorurteilen Schluß gemacht würde, ist sehr naiv. Einzelne Frauen, die in sogenannten „Männerbereichen“ arbeiten, werden als Ausnahmen von dem gängigen Frauenbild gesehen. Rassistische Vorstel-

lungen bei ausländerfeindlich eingestellten Menschen ändern sich nicht, wenn sie den ein oder anderen „netten“, Ausländer kennen. Die offizielle alte Begründung, warum Frauen bisher nicht an die Waffe durften, „Frauen seien nicht wehrhaft genug“, entbehrt natürlich jeglicher Grundlage. Frauen haben im letzten Jahrhundert oft bewiesen, daß sie kämpfen können: In revolutionären Armeen, ob in Rußland 1917, 1936 in Spanien, in den 40er Jahren in China, 1979 in Nicaragua, oder in Partisanenkämpfen gegen den Faschismus in Jugoslawien und Italien standen Frauen mit der Waffe oft an vorderster Front – aber nicht mit der Erlaubnis der Herrschenden, sondern gegen sie.

Angela Münch



Widerstandskämpferinnen im Spanischen Bürgerkrieg

# Jugendgewalt – Spiegel der Gesellschaft

Die allgemeinen Ursachen von Gewalt von Jugendlichen sind längst bekannt.

Es gibt erwiesenermaßen einen Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Ausgrenzung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit und der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen.

Georg Kümmel

Eine in Hannover durchgeführte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die Zunahme polizeilich registrierter Jugendgewalt in den 90er Jahren zu etwa 80 Prozent solchen Jugendlichen und Heranwachsenden zuzurechnen war, die sozialen Randgruppen angehören. Die Statistiken zeigen, dass jugendliche Schläger oft selber von ihren Eltern geschlagen wurden oder immer noch werden. LehrerInnen berichten aus ihrer Erfahrung, wie wichtig kleinere Klassen und mehr Zeit für Gespräche mit den einzelnen Schülern wären.

Wenn man diese Zusammenhänge kennt, wird offensichtlich, daß die Veränderungen in der Gesellschaft in den letzten Jahren zu einer Zunahme der Gewalt führen mußten. Armut und Arbeitslosigkeit sind gestiegen,

es ist noch schwieriger geworden, einen halbwegs akzeptablen Ausbildungsplatz zu bekommen. Ein Teil der Jugendlichen geht regelmäßig leer aus. Die Diskriminierung und Benachteiligung gerade auch von ausländischen Jugendlichen hat zugenommen. Der Konkurrenzdruck schon in der Schule ist gewachsen. Das Klima in der Gesellschaft ist allgemein rauher geworden.

Geradezu paradox muten angesichts dieser Tatsachen die „Lösungsvorschläge“ aus den Reihen der etablierten Parteien an: härtere Strafen, mehr Polizei, Video-Überwachung von Schulhöfen, Metalldetektoren, Kopfnoten für Betragen. Alles Maßnahmen die, das zeigen auch die Erfahrungen in den USA, Jugendgewalt nicht aufhalten werden.

Warum dennoch diese Vorschläge? Warum nicht mehr LehrerInnen statt mehr Polizei? Warum nicht mehr Geld für Bildung und Ausbildung statt für mehr Knastplätze?

## Ablenkung

Die regierenden Parteien aller Couleur erreichen mit dem Ruf nach Law and Order, daß der Blick auf den einzelnen Täter und nicht auf Probleme gelenkt

wird, die sie mit ihrer unsozialen Politik zu verantworten haben.

Es ist für sie wesentlich angenehmer, wenn über Jugendlichen berichtet wird, die im Jugendclub die Tischtennis-Platte demoliert haben, statt über die Stadträte, die einen Jugendclub geschlossen und damit komplett „demolieren“ haben.

Sie möchten, daß über gewalttätige ausländische Jugendliche geredet wird, weil ansonsten vielleicht darüber diskutiert würde, daß der staatliche Rassismus zur Ausgrenzung und Benachteiligung und zu mehr Gewalt seitens dieser Jugendlichen führt.

Die etablierten Parteien haben kein Interesse an einer Diskussion darüber, warum 40 Prozent aller SchülerInnen unter Schulkosten leiden, weil am Ende das derzeitige Schulsystem, in dem die Schüler nichts zu sagen haben und mit Noten be- und abgewertet werden, in Frage gestellt werden könnte. Sie vermeiden lieber Diskussionen über die alltägliche Gewalt in der Familie, weil am Ende die schöne Fassade dieser „Keimzelle des Staates“ beschädigt würde.

Sie möchten nicht, daß darüber diskutiert wird, wie die Gesellschaft verändert werden könnte,

damit es keine Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit mehr gibt. Am Ende dieser Diskussion könnte ja

herauskommen, dass das herrschende kapitalistische System alles nur noch schlimmer macht und abgeschafft werden muß.

## Fakten zur Jugendgewalt

„Eine im Jahr 1997 für die Europäische Union durchgeführte Analyse zur Entwicklung der Jugendgewalt in zehn europäischen Staaten konnte zeigen, daß der in Europa fast durchweg festzustellende Anstieg der Gewalttaten junger Menschen primär Tätern mit niedriger Schulbildung zuzurechnen ist, deren gesellschaftliche Position von relativer Armut, sozialer Ausgrenzung und schlechten Integrationsperspektiven gekennzeichnet ist.“

„Von den Angeklagten, die nicht mehr die Schule besuchten, waren 1996 in Hannover 60,4 Prozent arbeitslos. 27,9 Prozent der jungen Angeklagten stammten aus Familien, die von der Arbeitslosigkeit des Hauptnährers betroffen waren.“

„Fast jeder Sechste (15,2 Prozent) der von uns befragten Schülerinnen und Schüler wurde in diesem letzten Jahr vor der Befragung Opfer massiver elterlicher Gewalt (Schläge mit Gegenständen, häufige Prügel oder Mißhandlungen). Gewalt durch Eltern im familiären Bereich ist damit weiter verbreitet als die Viktimisierung Jugendlicher durch ähnliche Gewalthandlungen seitens gleichaltriger Täter.“

„Jugendliche, die in ihrer Kindheit oder aber auch als Jugendliche von ihren Eltern massiv geschlagen oder mißhandelt wurden, werden erheblich häufiger selber gewalttätig als nicht geschlagene junge Menschen.“ Zitate aus: Pfeiffer, Wetzels: Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland)

## Unser Programm:

- Nein zu härteren Strafen
- Keine Video-Überwachung von Schulhöfen
- Statt mehr Polizei – Einstellung neuer Lehrer, um die Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen zu senken
- Statt Kriminalisierung von Schwarzfahrern – Nulltarif im Nahverkehr
- Statt Schließung von Jugendzentren ausreichend kostenlose Freizeitangebote für Jugendliche
- Qualifizierte Ausbildung für jede/n und einen garantierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf
- Verteilung der Arbeit auf alle – 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Elternunabhängiges Mindesteinkommen von 1600 DM für SchülerInnen, Azubis ab 16 Jahren
- Einrichtung von Jugendhäusern, in die Kinder und Jugendliche vor elterlicher Gewalt flüchten können

## Legalisieren oder nicht?

Wir wollen mit diesem Leserbrief eine Debatte über die Forderung nach Legalisierung von Drogen eröffnen. Schreibt uns Eure Meinung!

e-mail: savbund@aol.com

## Leserbrief Legalize it!

Droge, Sucht – was ist das eigentlich? Ganz automatisch denken viele dabei an zugehörnte Junkies oder pillenwerfende Discogänger. Ist ja auch kein Wunder, schließlich wird uns dieses Bild tagtäglich eingeimpft. Dabei kann so vieles Droge sein – Schokolade, Alkohol, Fernsehen... Gerade in einer Gesellschaft, wo der Druck auf einen ständig wächst, wo alle immer fit und gutgelaunt sein sollen und wo in der Freizeit Langeweile herrscht, versuchen immer mehr Menschen diesem grausamen Alltag zu entfliehen.

Während jedoch Volksfeste im Komasaufen enden und auch

Politiker ein Maß Bier nach dem anderen stemmen, ist der Besitz von ein paar Gramm Hasch immer noch strafbar.

Es ist längst bekannt, daß der maßvolle, verantwortungsbewußte Umgang mit weichen Drogen wie Haschisch gesünder ist, als das tägliche Bierchen. Trotzdem herrschen weiter Verbote. Dabei wäre Legalisierung ein erster Schritt um den unsachgemäßen Gebrauch von Betäubungsmitteln zu verringern. Denn gerade das Verbotene übt einen gewissen Reiz aus.

Doch das ist wohl der kleinste Punkt dabei. Wichtiger ist – die Ausgabe von weichen Drogen (also allen Mitteln die rein pflanzliche sind und nicht sofort in die Abhängigkeit treiben) in

Apotheken würde die ganze Sache entkriminalisieren. Die Leute müßten nicht mehr zu dem Dealer an der Straßenecke gehen. Der ganzen Dealerei, wo am Schluß nur die eh schon Reichen verdienen, würde so der Boden entzogen. Außerdem wären die Stoffe in den Apotheken garantiert rein- heute weiß niemand ob und womit die Erzeugnisse gestreckt wurden.

Wie gut Legalisierung von weichen Drogen funktionieren kann, zeigt das Beispiel Holland. Da kann jede/r in Coffeeshops verschiedene Sorten Hasch in guter Qualität und zu einem günstigen Preis erhalten. Seit dieser Lockerung ist die Zahl der Drogenabhängigen gesunken. Der Joint nach dem Essen ist dort genauso Genußmittel – wie die Zigarette bei vielen Menschen in Deutschland.

Jetzt könnte das Argument kommen – daß bei einer Lockerung ja mehr Leute auch an harte Drogen wie Heroin oder Crack kommen. Doch das ist Blödsinn. Schließlich sind es gerade die Dealer, die Haschkonsumenten darauf drängen, mal was Härteres zu probieren. Klar, das macht ja auch mehr Kohle. Bei einer Ausgabe in Apotheken wäre das nicht der Fall. Im Gegenteil, wenn nicht immer nur fälschlicherweise erzählt würde,



daß alle sogenannten Drogen gefährlich sind, würde endlich ein verantwortungsvoller Umgang mit Haschisch, Pilzen oder anderem möglich sein.

Doch wie mit Abhängigen von harten Drogen umgehen? Ganz klar: Hier muß es eine Abgabe unter ärztlicher Kontrolle geben. Nur so kann man auch diese Szene entkriminalisieren und mehr Abhängige zu einer Entgiftung bewegen. Vor allem sind

auch genügend Therapieplätze notwendig.

Es heißt, das Übel muß an der Wurzel gepackt werden – doch was ist die Wurzel beim Thema Drogen? Sind es die Konsumenten von weichen Drogen oder die Heroinabhängigen? Wohl kaum. Das Übel ist diese graue Gesellschaft, die immer mehr Menschen dazu treibt, sich zu „berauschen“, um mit dem Leben klarzukommen. Das

Übel sind die Dealer, die sich am Elend anderer bereichern.

Also – weg mit den verlogenen Moralpredigten gegen „weiche Drogen“ und auf zu Genüssen, die uns die Welt eigentlich in Hülle und Fülle bietet. In diesem Sinne – Legalize it!

Doch klar ist auch – der Kampf dafür muß mit klarem Kopf stattfinden.

Doreen Ullrich, Rostock

# Alle Atomkraftwerke Sofort abschalten

Im Sommer 1986 beschloss die SPD den Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb von 10 Jahren. Die Grünen forderten den sofortigen Ausstieg. Das geschah unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Im vergangenen Jahr ereignete sich in der japanischen Uranverarbeitungsanlage Tokaimura der dritt schwerste Unfall in der Geschichte der Atomkraft, doch die Verhandlungen zwischen Atomlobby und Bundesregierung ziehen sich wie Kaugummi. Selbst wenn die Position der grünen Basis von 25 Jahren Restlaufzeit durchgesetzt würde, (was nicht der Fall sein wird), könnten alle Kernkraftwerke zusammen noch 121 Jahre am Netz sein, bei 30 Jahren noch insgesamt 216 Jahre. Derweil strahlen die Reaktoren weiter munter vor sich hin. Eine atomare Katastrophe ist jederzeit möglich.

Conny Dahmen, Aachen

Ob 40, 30, 25 Jahre oder auch nur ein Tag – jede AKW-Laufzeit ist zu lang! Allein in der ersten Hälfte des letzten Jahres gab es 59 Störfälle in deutschen Kernkraftwerken. Offiziell waren alle Reaktoren auf 25 Jahre Laufzeit ausgelegt, ein Uralt-Meiler wie z.B. Obrigheim, der 1968 ans Netz ging, müßte längst abgeschaltet sein, aber die Betriebsgenehmigungen gelten unbefristet. In der EU werden 26 Atomkraftwerke als Risikoreaktoren eingestuft, aber klar ist, daß die gesamte Atomindustrie eine Gefahr ist – kein einziger Reaktor hat jemals störungsfrei gearbeitet. Auf die Auswirkungen, die ein Super-GAU – der größte anzunehmende Unfall – auf das Leben auf der Erde haben wird, haben wir 1986 durch das Reaktorunglück von Tschernobyl schon einen Vor-

geschmack bekommen. Damals kam es zu einer Kernschmelze, der Reaktor geriet in Brand. Etwa vier Prozent der Radioaktivität wurden freigesetzt, das 40fache der Atombombenexplosion von Hiroshima. Das hört sich nicht nach besonders viel an, aber es reichte aus, um die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Ukraine und 1,2 Millionen Hektar Waldfläche zu verseuchen. In ganzen Landstrichen starben Pflanzen und Tiere aus. 35 Millionen Menschen wurden verstrahlt, 30 Millionen leiden unter verseuchtem Trinkwasser, in der Umgebung des Unglücksreaktors treten 30 Prozent mehr Krankheitsfälle auf als im Rest des Landes. Bis Ende der 90er Jahre starben in der Ukraine tausende Menschen an Strahlenkrankheiten. Krankheiten wie Krebs

brechen aber zum Teil erst nach mehreren Jahrzehnten aus, genetische Schäden kommen auch erst in den nächsten Generationen zum Vorschein. Die radioaktive Wolke zog über weite Teile Europas. Es wurde gewarnt, Kinder im Sandkasten spielen zu lassen, in einigen Regionen wurde Kuhmilch zu atomarem Sondermüll. 1987 kamen allein in Westberliner Krankenhäusern 500 Prozent mehr mongoloide Kinder zur Welt als sonst.

Ein ähnlicher Unfall wie in Tschernobyl oder noch schlimmer ist auch in deutschen Atomkraftwerken möglich. Wegen der hohen Bevölkerungsdichte wären sogar noch viel mehr Menschen betroffen, man müßte das ganze Land evakuieren – was kaum möglich sein dürfte.

## „Normale“ Verseuchung

Aber AKW sind nicht nur im Störfall tödlich: schon im Normalbetrieb verseuchen sie die Umwelt. Die Leukämierate bei Kindern im Umkreis deutscher AKW ist siebenmal so hoch wie im Rest Deutschlands. Noch gefährlicher sind die Wiederaufbereitungsanlagen, wie z.B. La Hague in Frankreich. Sie gibt 40 mal mehr Radioaktivität an die Umwelt ab als alle 439 Atomkraftwerke weltweit zusammen. Dort werden auch Brennstäbe aus Deutschland wiederaufbereitet.

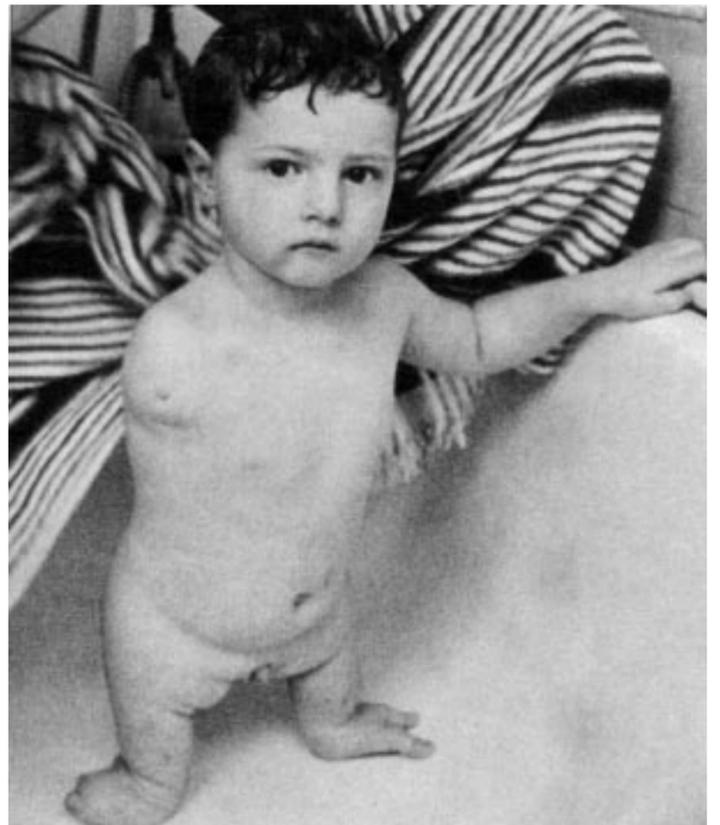
In der Umgebung der englischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield trägt die Leukämierate das zehnfache des landesweiten Durchschnitts. Wiederaufbereitungsanlagen vergrößern den Atommüllberg noch zusätzlich. Aus einem Kubikmeter machen sie sechzehn- und das, obwohl niemand weiß, wie wir den atomaren Abfall je wieder loswerden sollen. Endlager gibt es nirgendwo auf der Welt, stattdessen wird der Müll hin- und hergeführt, in die See geworfen, in Flüsse gepumpt, auf Deponien geschafft oder in diverse Zwischenlager gesteckt, von denen eines unsicherer ist als das andere. In Ahaus lagern zur Zeit 4200 Tonnen radioaktiver Abfall, in Gorleben 3800 Tonnen. Atommüll ist eine Gefahr für Hunderttausende von Jahren. Das Ultra-Gift Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24.300 Jahren. Das bedeutet, daß nach diesem unvorstellbar langen Zeitraum immer noch die Hälfte der ursprünglichen Menge weiterstrahlt. Die Kraftwerksbetreiber müssen nur für sechs Jahre nachweisen, wo der Müll bleibt.

Und nicht einmal das können sie derzeit. In sechs bundesdeutschen Reaktoren sind die Abklingbecken voll, geplante zusätzliche Zwischenlager in der Nähe der AKW werden nicht rechtzeitig fertiggebaut werden. Wenn die Bundesregierung den 1998 von der CDU-Umweltministerin verhängten Transportstopp, (damals kam ans Licht, daß die Behälter so stark strahlen, daß der zulässige Grenzwert 3000fach überschritten wird), nicht noch in diesem Jahr aufhebt, werden diese Meiler mangels Lagerkapazitäten abgeschaltet werden müssen. Allerdings arbeiten die Kraftwerksbetreiber auch mit neuen Tricks, um Zeit zu gewinnen: Dichtere Lagerung der Brennelemente und Beschickung von abfahrbereiten Castoren, (Transportbereitstellung).

In La Hague und Sellafield lagern noch insgesamt 4450 Tonnen Atommüll, der irgendwann wieder nach Deutschland zurück muss. So wird ein erneuter Castor-Transport innerhalb dieses Jahres immer wahrscheinlicher. Kürzlich kündigte Bundesumweltminister Trittin einen Transport radioaktiven Mülls von Neckarwestheim nach Ahaus an.

## Castor – Grün angemalt

Rot-Grün sucht derzeit nach einem Weg, wie sie den Widerstand der Castor-Gegner politisch untergraben können. Das ist der eigentliche Sinn der Konsensgespräche. Sobald irgendeine



„Restrisiko“? Ein Strahlenopfer der Explosion des Atomkraftwerkes im ukrainischen Tschernobyl.

Vereinbarung über den sogenannten Ausstieg mit der Atomindustrie unter Dach und Fach ist, eventuell garniert mit der Absicht einen Uralt-Reaktor vor der nächsten Wahl stillzulegen, werden sie etwa folgendermaßen argumentieren: Jetzt, da der Ausstieg beschlossen sei, gäbe es für die Atomkraft-GegnerInnen doch keinen Grund mehr die Castor-Transporte zu bekämpfen. Schließlich müßten alle einsehen, dass der Abfall irgendwohin müsse.

Die Position der KernkraftgegnerInnen aber muß weiterhin sein: Kein einziger Atommülltransport solange noch neuer Müll produziert wird. Einem notorischen Säufler, der schon mehrere Un-

standes äußerst schwer durchsetzbar.

Die Atom-Mafia will aus diesen Gründen ihre vorhandenen strahlenden Goldesel möglichst lange behalten und beim Atomkonsens durchsetzen, dass sie jedes einzelne Kraftwerk solange laufen lassen kann, bis aufgrund der Altersschwäche die Reparaturkosten höher als die Erlöse sind und eine Abschaltung auch in ihrem Profitinteresse liegt.

Mit den Grünen als Verhandlungspartner dürfte das kein großes Problem darstellen. Die sind bereit, Laufzeiten von über 30 Jahren zu akzeptieren. Sie haben auch in Sachen Atomkraft nichts mehr mit dem Programm der Partei gemeinsam, die nicht zuletzt aus der

**Ja, die Grünen haben den Weg der Anpassung gefördert. Wir haben im Moment keine Demonstrationen gegen Atomkraftwerke, und weil wir keine Demonstrationen haben oder jedenfalls keine relevanten, gibt es dieses lächerliche Ausstiegsszenario in 25 oder 30 Jahren. Das könnt man nicht anbieten, wenn alle wüßten, im nächsten Monat demonstrieren wieder 60000 Menschen.**

Der Ex-Grüne Thomas Ebermann im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Januar 2000.

fälle verursacht hat, würde man schließlich auch dann nicht die Fahrerlaubnis erteilen, wenn er erklären würde, dass er zwar nicht sofort aber doch in dreißig Jahren mit dem Saufen aufhören wolle und bis dahin sein Auto auch etwas seltener benutzen würde.

Der sofortige Ausstieg ist nicht nur nötig sondern aufgrund der Überkapazitäten bei der Stromerzeugung auch möglich. Rot-Grün ist nur nicht bereit der Atom-Mafia auf die Füße zu treten.

Die Anti-AKW-Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Ohne sie ständen hier heute nicht 19 Atommeiler sondern noch viele mehr, der Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf konnte verhindert werden, der Schnelle Brüter in Kalkar ging nie in Betrieb. Der Bau neuer Atomkraftwerke wäre besonders in Deutschland wegen des starken Wider-

Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre entstand und die 1983 in den Bundestag einzog. Damals profitierten sie politisch von der Anti-AKW-Bewegung und hatten sich den sofortigen Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben. Es ist noch nicht so lange her, daß sie selbst Proteste gegen die Kernkraft organisierten und in Gorleben gegen Castor-Transporte demonstrierten. Heute prügelt die Polizei in Ahaus unter dem Befehl eines grünen Polizeipräsidenten dem Atommüll den Weg frei und einen Atomausstieg nach den derzeitigen Vorstellungen der Grünen würde der Großteil der Mitgliedschaft wohl selbst nicht mehr miterleben.

## Wem nützt Atomkraft?

Wenn man sieht, wie gefährlich die Kernkraft ist und auch, was für Kosten die Gesellschaft dafür zu tragen hat,

## Alternative Energieformen

Atomkraft sei sauber und die einzige effektive Alternative zu Kohle, Öl und Gas; ohne die Atomenergie gingen hier alle Lichter aus, behauptet die Atomlobby. Das sind gleich drei Lügen auf einmal! Wir sind nicht auf die Atomkraft angewiesen und die Menschheit hat noch eine andere Wahl als die zwischen Klimakatastrophe und Super-GAU.

Die Energieüberkapazitäten in der Bundesrepublik haben sich in den letzten dreißig Jahren vervielfacht und betragen rund 20.000 Megawatt. 18 700 Megawatt beträgt die maximale Leistung sämtlicher Atomkraftwerke in Deutschland, das heißt, alle Atomkraftwerke könnten sofort abgeschaltet werden ohne daß irgendwelche Lichter ausgingen.

Richtig ist natürlich, daß schnellstens umweltfreundliche Alternativen zu den fossilen Brennstoffen genutzt und weiterentwickelt werden müssen. Ob das Klima die Verbrennung von Kohle und Öl, wenn sie im heutigen Maße weitergeht, überleben wird, ist fraglich. Nur 0,4 Prozent der globalen Energieversorgung entsteht derzeit durch regenerative Energien, obwohl die Ressourcen dort schier unerschöpflich sind. Die Erde empfängt pro Jahr den Gegenwert von 130.000 Gigatonnen Öl als Sonnenenergie; der derzeitige weltweite Energieverbrauch beträgt neun Gigatonnen. Aber weil bei den dezentral zu nutzenden alternativen Energien weitaus weniger Profitmöglichkeiten winken, sind die Energiekonzerne nicht besonders interessiert. Der Ölmulti Shell forscht zwar als Alibi ein wenig in Richtung Solarenergie, aber nur Öl und Gas können 8,3 Milliarden DM Gewinn im Jahr bringen (Zahl von 1996).

Die Mineralölindustrie sorgt für 40 Prozent der weltweiten Energieversorgung. Für diese Energieriesen zählen weder Menschen noch Umwelt, sondern allein die Profitmaximierung. Der Chef des Ölkonzerns BP (100 Milliarden DM Umsatz im Jahr), John Brown sagt offen: „...wir haben alle ein gemeinsames Ziel: unsere Geschäfte von Tag zu Tag besser zu machen.“ Der Schmiergeld-Sumpf beim Verkauf der Leuna-Werke an den französischen Energie-Konzern Elf-Aquitaine gibt eine Ahnung über die Vernetzung von Politik und Energieindustrie.

Energieeinsparung, die uns zwar immer gepredigt wird, ist nicht im (Profit-)Interesse der Stromindustrie. Dabei könnte ein Großteil der verschwendeten Abwärme aus Kohlekraftwerken – immerhin 60 Prozent der entstehenden Hitze – durch eine Kraft-Wärme-Kopplung zusätzlich genutzt werden. Das bedeutet, daß die Abwärme des Elektrizitätskraftwerks über Fernwärmeleitungen zur Heizung von Wohnungen und Gebäuden genutzt würde.

Haushaltsgeräte werden stromintensiv konstruiert. Schon die Abschaffung der Standby-Funktion würde dem Bundesumweltamt zufolge 20,5 Milliarden Kilowattstunden jährlich einsparen.

Aber der eigentliche Energieverschwender ist die Wirtschaft. Die stromintensivsten drei Prozent der Wirtschaftsbetriebe in Deutschland brauchen soviel Strom wie alle Privathaushalte zusammen. Da für Großkonzerne der Strom – besonders nach der EU-weiten Strommarktöffnung – ziemlich billig ist, sind energiesparende, aber arbeitsintensivere Produktionsverfahren nicht profitabel.

# ke halten!

dann stellt sich die Frage, wer hat oder hatte ein Interesse an der sogenannten zivilen Nutzung der Atomkraft?

Das treibende Motiv für den Einstieg in die Atomwirtschaft war die Gewinnung von spaltbarem Material zur Herstellung von Atombomben. Die zivile Nutzung bot eine hervorragende Tarnung für die militärischen Ziele der offiziellen Atommächte. Und natürlich besonders für die Staaten, die sich heimlich die Möglichkeiten zum Bau von Atombomben verschaffen wollten, darunter die BRD. Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie kann der Bombenbaustoff beiseite geschafft werden. Es ist anzunehmen, daß die Bundesrepublik sich auch schon heimlich ihren Teil Plutonium abgezweckt hat.

Alle Länder versprechen sich von der Atomkraft ein weiteres Standbein für die nationale Energieversorgung, um von Öl- oder Gasimporten unabhängiger zu sein.

Ein weiterer Grund ist sicher, daß Großprojekte allgemein immer immense Profite für ein paar wenige Großkonzerne bedeuten und den Entscheidungsträgern noch mehr politische Macht verleihen. Bei einer dezentralen Energiegewinnung würden die Entscheidungen und damit auch die Macht auf viel mehr Personen verteilt. Deshalb wird auch nach wie vor die Stromerzeugung in wenigen Großkraftwerken gegenüber der dezentralen Versorgung durch Blockheizkraftwerke, Wind-, Sonnen- und Bioenergie bevorzugt.

Tatsächlich kassierte die Atomindustrie immense Subventionen. Zwischen 1956 und 1980 betrugen die Subventionen für die Kernkraft 27 Milliarden DM. Davon profitierten vor allem Siemens, der einzige deutsche Hersteller für Atomanlagen, und die drei größten Stromkonzerne RWE-Energie, Preußen-Elektra und Bayernwerk. Die direkte atomare Forschungsförderung beträgt heute 800 Millionen DM im Jahr. Alles in allem dürfte der Steuerzahler mittlerweile 100 Milliarden DM für die Atomkraft geblecht haben, besonders in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Damals gab es zwei große atomare Ausbauwellen und der Anteil der Atomenergie am gesamten deutschen Energieaufkommen stieg auf 24 Prozent an. Doch damit stiegen auch die Strompreise, die VerbraucherInnen wurden für eine Energieform geschöpft, die sie gar nicht wollten.

Und wir zahlen weiter: für den Abriß, die Atommüll-Beseitigung, für die Polizei-Armeen, die bei den Castor-Transporten aufgeboten werden, für Krankheiten und Umweltschäden infolge der

atomaren Strahlung. Die Atomkraftwerksbetreiber haben Rücklagen von über 70 Milliarden DM angehäuft, für die sie keinen Pfennig Steuern bezahlen brauchen.

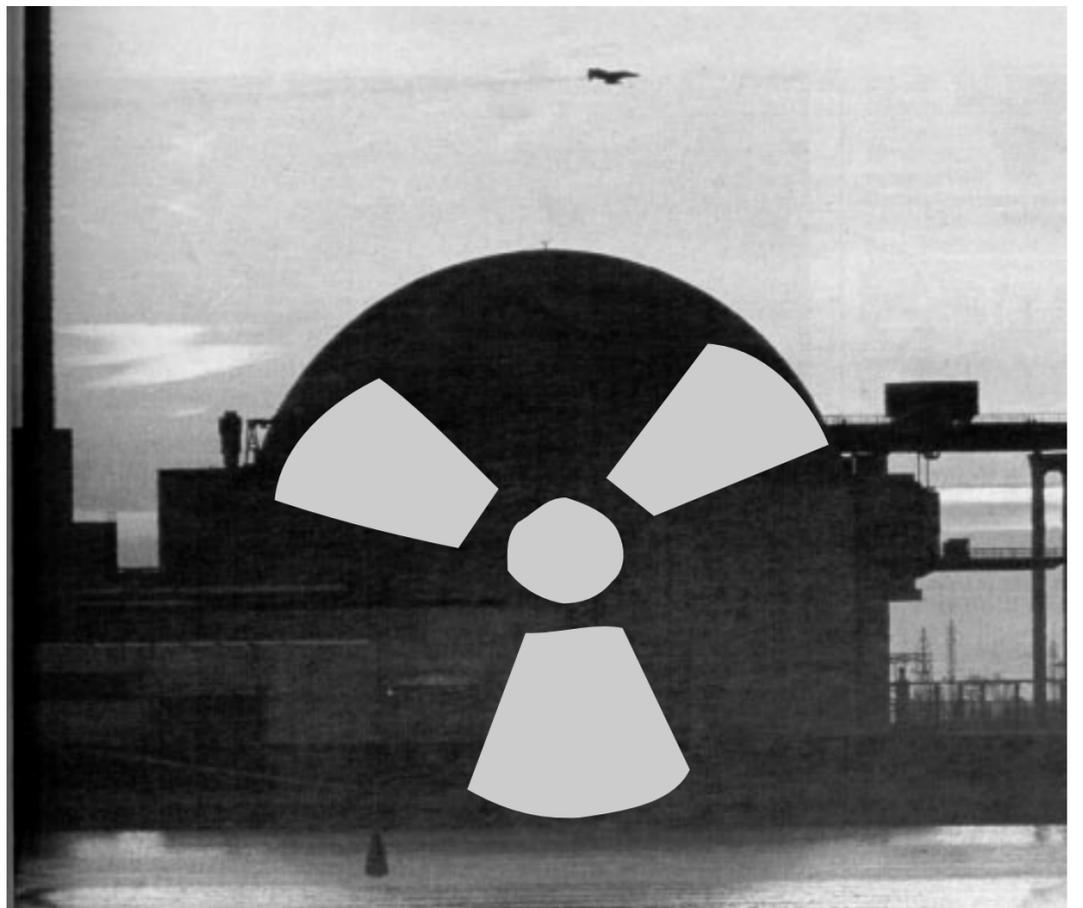
Auf die Frage der Entschädigung bei einem sofortigen Ausstieg lautet die richtige Antwort: Nicht die breite Masse der Steuerzahler muß Entschädigung an die Atomindustrie zahlen, sondern umgekehrt: Zuerst müssen die Atomkonzerne die Milliardensubventionen zurückzahlen, die sie aus Steuergeldern erhalten haben, dann müssen sie Entschädigung zahlen, für den Umweltschaden, den sie dieser und kommenden Generationen mit der Atomkraft zugefügt haben bzw. noch zufügen werden.

## Überkapazitäten

Heute sieht die Zukunft der Kernenergie nicht mehr so rosig aus. In den letzten zehn Jahren ist die Stromgewinnung aus Atomkraft um nur zwei Prozent gewachsen, der Anteil des Atomstroms am weltweiten Gesamtenergieverbrauch ist mit sieben Prozent erstmals seit 1997 gesunken. Weltweit werden mehr Kernkraftwerke abgeschaltet als in Betrieb genommen, in Deutschland ging das letzte vor zwölf Jahren ans Netz. Da ohne direkte Milliardensubventionen konventionelle Kraftwerke eindeutig profitabler sind als Atomanlagen, verringert sich der Absatzmarkt für die Atomindustrie. Und im Zuge der Strommarktliberalisierung müssen sich die Energiekonzerne auf einen harten Konkurrenzkampf einstellen und Kosten sparen. Die Überkapazitäten auf dem Strommarkt sind sehr hoch: Sämtliche Elektrizitäts-Kraftwerke in Deutschland zusammen haben eine maximale Leistung von rund 80.000 Megawatt Strom. Der Bedarf beträgt selbst in Spitzenzeiten nie mehr als rund 60.000 Megawatt. In Nord- und Westeuropa betragen die Überkapazitäten insgesamt mehr als 100 Gigawatt.

## Arbeitsplatz-Lüge

Skandalös ist das Verhalten der Gewerkschaftsführer, die die Atomkraft unterstützen. Unter dem Vorwand verlorengehender Jobs propagierte die IG-Bergbau jahrzehntelang das „Bündnis von Kohle und Atomkraft“. Ergebnis: Die meisten Arbeitsplätze der Kohlekumpel sind inzwischen verschwunden, die Atomkraftwerke laufen immer noch. ÖTV-Chef Mai freut sich schon auf den nächsten Castor: „Wir haben die Zusage des Kanzlers, daß er sich für Transporte einsetzen wird.“ (SZ, Juli 99). Mai hat das Wohl seiner Unternehmerfreunde im Auge, die sich bisher noch nie um



irgendwelche Arbeitsplätze gesichert haben. Laut Industrie und Gewerkschaften wird die Stromindustrie 40.000 Jobs in den nächsten Jahren vernichten. 1991 arbeiteten in der gesamten Strombranche noch 220.000 Menschen, jetzt sind es noch 160.000. Und das ganz ohne Atomausstieg! Was die Gewerkschaftsführer nicht erwähnen: der Einsatz regenerativer Energien würde fünf mal so viele Arbeitsplätze schaffen wie die Nutzung der Atomenergie.

Stattdessen sollten sich kämpferische GewerkschafterInnen und Betriebsräte für einen gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften und AtomkraftgegnerInnen für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und gegen die Liberalisierung der Strommärkte einsetzen.

Auch die PDS darf sich nicht darauf beschränken irgendwo etwas gegen Atomkraft geschrieben zu haben, sondern muß aktiv über die Gefahren der Atomkraft informieren und zu Protesten mobilisieren.

Doch dieser Kampf kann nur gegen die Energieunternehmer zum Erfolg führen. Sie interessieren sich nicht dafür, wie risikoreich oder umweltschädlich Energiegewinnung ist, solange die Kohle stimmt. Diejenigen, die ein Interesse an umweltschonender Energieerzeugung und sinnvollen Arbeitsplätzen haben, sind die VerbraucherInnen und die Beschäftigten der Stromwirtschaft.

## Atommafia enteignen

Um endlich mit Atomkraft und umweltverschmutzender Stromerzeugung aufzuräumen, muß die gesamte Energiewirtschaft enteignet und in Gemeineigentum überführt werden. Demokratisch gewählte VertreterInnen der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates sollten die Energiebranche gemeinsam verwalten. Damit sich nie-

mand von ihnen an seiner Tätigkeit bereichern kann, dürfen sie nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen und müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein.

Um Überkapazitäten und Verschwendung zu vermeiden, brauchen wir eine landesweite Energieplanung. Bestehende Kohle- und Gaskraftwerke müssen technisch auf den neuesten Stand gebracht werden, so daß sie möglichst effektiv arbeiten, zum Beispiel durch Kraft-Wärme-Kopplung. Hinzu kommt der größtmögliche Einsatz erneuerbarer Energien. Gerade dort ist viel mehr möglich als die Großkonzerne heute zulassen. Auf Dauer stellen regenerative Energieformen den einzigen Weg dar, die Energieversorgung der Menschheit zu sichern; deswegen ist ein massives

staatliches Investitionsprogramm zur weiteren Forschung und Ausbau in diese Richtung notwendig.

Doch gerade die Umweltfrage zeigt, daß wir dort nicht beim Energiesektor haltmachen können. Weitere Probleme wie die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden würden dadurch nicht gelöst. Das kapitalistische System insgesamt steht einer gesunden Umwelt und einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen im Weg. Die Macht der Banken und Konzerne muß gebrochen werden und durch eine sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden. Nur in einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft kann es eine Garantie für das Überleben der Menschheit geben. ■

## Unsere Alternativen

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Die 74 Milliarden Rücklagen der Atomkonzerne müssen zur Finanzierung des Abrisses der AKW und für die Endlagerung eingesetzt werden
- ★ Stop aller Atomtransporte
- ★ Für die Endlagerung muß der sicherste Weg gewählt werden, die direkte und rückholbare Endlagerung
- ★ Kein Import oder Export von Atomstrom
- ★ Stop des Braunkohletagebaus Garzweiler II
- ★ Statt weiterem landschaftszerstörendem Abbau von Braunkohle: Erhalt aller Steinkohlebergwerke
- ★ Ausrüstung der bestehenden Kohlekraftwerke mit modernsten Emissionstechnologien
- ★ Keine Entlassungen und kein Arbeitsplatzabbau im Kohlebergbau. Radikale Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich bzw. voller Rente
- ★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Energieeinsparung und Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen durch Wärmedämmung, Erneuerung von Heizungsanlagen, Wärmerückgewinnung, Kraft-Wärme-Kopplung
- ★ Ausbau des Schienen- und Busnetzes, um den Autoverkehr einzuschränken. Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif
- ★ Güterverkehr auf die Schiene
- ★ Arbeitsplätze in Wohnortnähe statt Energie- und Zeitverschwendung für Pendler
- ★ Größtmöglicher Einsatz erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse usw. Einsatz von Forschungsmitteln zwecks Ausbau und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen
- ★ Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, den Beschäftigten der Stadtwerke und den Kohlekumpels gegen die Schließung von umweltfreundlichen Kraftwerken, Kohlegruben, gegen Strommarktliberalisierung und für den Atomausstieg
- ★ Für Gewerkschaften, die diesen Kampf organisieren, anstatt Liberalisierung und Arbeitsplatzvernichtung mitzuorganisieren. Für die Absetzung von Gewerkschaftsfunktionären, die Politik gegen die Interessen der Mitgliedschaft machen
- ★ Massenmobilisierung gegen Castor-Transporte und Atomkraft
- ★ Nein zur Energiemarktliberalisierung. Stattdessen Aufstellung eines umweltfreundlichen gesamtgesellschaftlichen Energieplans. Ziel ist eine dezentrale Energieerzeugung- und -versorgung bei überregionaler Planung
- ★ Enteignung aller am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne und Überführung in Gemeineigentum
- ★ Schluss mit überbezahlten Managern in Energieversorgungsunternehmen (EVU). Die EVUs und der gesamte Energiesektor müssen demokratisch verwaltet werden durch gewählte VertreterInnen aus den Belegschaften, Gewerkschaften und Staat. Diese VertreterInnen müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn



Protest gegen die Castor-Transporte. Beim nächsten Mal knüppeln die Polizisten auf Befehl einer rot-grünen Regierung.

Interview mit Maria Mies über die Hintergründe der Proteste in Seattle gegen die WTO

# „Gegen Gen-Fraß und Frankenfood“

Maria Mies ist Professorin für Soziologie und Aktivistin aus der Frauen- und der „Dritte-Welt“-Bewegung. Sie hat an den Protesten in Seattle, die sie als historisches Ereignis einstuft, teilgenommen und beschreibt die Demonstration als die friedlichste, fröhlichste und bestorganisierteste Demo, die sie seit langem erlebt hat. Mit Maria Mies sprach Kim Oppenorth.

Wie schätzen Sie das Scheitern der WTO ein und wie denken Sie, geht es weiter?

Zunächst muß man mal festhalten, woran die WTO-Verhandlungen gescheitert sind. In den Medien wird es so dargestellt, als wenn der Widerspruch über die Agrarsubventionen zwischen USA und EU dafür verantwortlich wäre. Richtig ist, dass es diese gibt. Aber dass das Scheitern im Interesse der USA lag, kann ich nicht erkennen. Niemand ist in seinen Punkten vorangekommen. Auch die „Dritte-Weltstaaten“ sind sehr froh, daß es so gelaufen ist. Die WTO ist im völligen Chaos geendet. Es gab keinen gemeinsamen Beschluß, gar nichts. Erstmals wird es keine neuen zentralen Verhandlungen über Liberali-

sierungen geben.

Aber natürlich gehen die bilateralen Abkommen ungebrochen weiter. Regionale Freihandelszusammenschlüsse wie die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft (TWP) werden weitergehen, auf europäischer Ebene wird auf die Osterweiterung gedrängt. Jetzt muß der Widerstand auf regionaler und auf kommunaler Ebene gegen den Kurs der neoliberalen Konzernherrschaft organisiert werden.

In einigen Ländern hat es schon vor der WTO große Proteste gegen zum Beispiel das MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen innerhalb der OECD und EU) gegeben.

In Seattle hat es große Kontingente von Gewerkschaftern und Umweltschützern aus Kanada und den USA gegeben. Dies liegt daran, dass dort schon Erfahrungen mit einer Freihandelszone, der NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen), gemacht wurden. Die Kanadier haben Sorge, dass ihr staatliches Gesundheitswesen dereguliert und der US-amerikanischen Privatwirtschaft ausgeliefert wird. Ähnliche Befürchtungen haben sie in bezug auf das Bildungswesen.

In Frankreich stieß vor allen Dingen die Liberalisierung der Kulturpolitik auf große Proteste. Man befürchtete die Vereinnahmung von Film, TV und Buchhandel durch das amerikanische Hollywood-Konzern. „Wir wollen nicht, daß Mickey Mouse hier Kulturminister wird“ war eine häufige Parole. Die Proteste von Intellektuellen, Schriftstellern und den Massen konnten das MAI stoppen.

Die Bauern haben auch eine große Rolle bei den Protesten gespielt?

Es hat in Seattle einen großen Zusammenschluß hat es zwischen den kleinen Bauern weltweit gegeben: ob von den Philippinen, aus Indien, Mexico, Frankreich und den USA. Bauern aus 65 Ländern sind in der *Via Campesina* zusammengeschlossen. Die Bauern kämpfen zusammen mit Verbrauchern gegen die Li-

quidierung der Kleinbauern durch das Agrobusiness und gegen genmanipulierte Nahrung. Die *Via Campesina* ist von den Chiappas in Mexico ausgegangen. Sie schlug über nach Frankreich, wo Bauern sich in der *Coordination paysanne droit devant* organisierten um Widerstand gegen die WTO zu leisten. Der Hersteller von Roquefort-Käse, José Bové zum Beispiel demolierte eine Mac Donalds-Filiale, die in seiner Nähe war. Er fuhr kurzerhand mit seinem Traktor hin und die walzte die gesamte Niederlassung nieder. Er kam danach ins Gefängnis. Aber er ist heute der Held der Franzosen.

Nahrung war somit ein wichtiges Thema in Seattle?

Ernährung ist ein Thema, von dem Produzenten und Konsumenten gemeinsam betroffen sind. Dort kam es auch zu einer sehr gemischten, bunten Front aus französischen und indischen Bauern, britischen Jugendlichen und kanadischen und US-amerikanischen Biobauern. Auf den Schildern stand zu lesen: Kein Genfraß, und kein Frankenfood. Frankenfood ist eine Abkürzung für Frankensteinfood, frei nach der Geschichte von Mary Shelley, in der der Forscher Dr. Frankenstein sein selbst hochgezüchtetes Monster nicht mehr kontrolliert bekommt und nicht mehr beeinflussen kann.

Gegen Gentechnik sind die indischen Bauern schon seit Jahren aktiv?

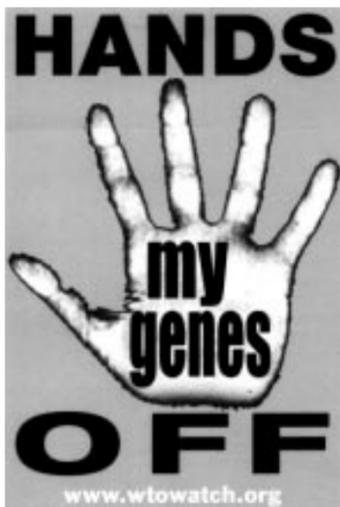
Die indischen Bauern kämpfen schon lange gegen Gentechnik, und gegen die TRIPS (trade related intellectual property rights), die „handelsbezogenen intellektuellen Eigentumsrechte“, die ein Teil des Gatt-Abkommens sind, über dessen Einhaltung die WTO wacht. Der Anbau von genmanipulierter Baumwolle wurde mit dem Abbrennen ganzer Felder beantwortet. Mit den TRIPS wollen Industrienationen sich traditionelles Wissen aneignen, manipulieren und durch ein Patent zu ihrem Eigentum machen. Es gibt zum Beispiel den Neem-Baum in Indien, der den Wirkstoff Azadirachtin



50000 demonstrierten in Seattle gegen die Herrschaft der Konzerne. Der starke Protest überraschte die Mächtigen der Welt.

enthält. Neem-Produkte werden in Indien gegen Schimmel und Krankheiten eingesetzt, Neem hilft aber auch bei Magenproblemen. Indische Firmen haben daraus schon Zahnpasta und Seife hergestellt. Seitdem ein Amerikaner sich

Neem hat patentieren lassen und dieses Patent dem Chemiemulti C. R. Grace verkauft hat, muß jede indische Firma, die etwas damit machen will, Lizenzgebühren zahlen.



## Israel: Jugend diskutiert Sozialismus

Interview mit Mandy Rabin, Lehrerin in Israel und Mitglied von Maavak Sozialisti, sozialistische Gruppe in Israel/ Palästina, die dem „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (CWI/ KAI) angehört. Das Gespräch führte Aron Amm

Welche Bedeutung hat der Streik an den Universitäten im letzten Winter?

Da es in Israel bislang keine Tradition von Studierendenprotesten gab, kann der einmonatige Streik gegen Studiengebühren im November 1998 nicht hoch genug eingeschätzt werden. Tag für Tag kam es zu Demonstrationen oder Straßenblockaden, 490 Studierende wurden verhaftet, 133 von der Polizei verletzt. Besonders wichtig ist die Tatsache, dass jüdische und arabische, religiöse und säkulare Studierende gemeinsam kämpften.

Gibt es Unterstützung für linke oder sozialistische Politik?

In den letzten ein, zwei Jahren sind sozialistische Gruppen und Diskussionszirkel unter Jugendlichen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Es gibt einen Hunger nach politischen Ideen unter SchülerInnen, Studierenden und Arbeiterjugendlichen. Vor allem über Sozialismus und Anarchismus wird diskutiert.

Welche Auswirkungen hatte die dreijährige Wirtschaftskrise in Israel?

Mit der sehr rasch einsetzenden, besonders tiefen Wirtschaftskrise explodierten die Arbeitslosenzahlen: 200.000 Arbeitsplätze gingen in den

letzten zwei, drei Jahren verloren. Als Lehrerin erlebte ich, in welchem Maße Gewalt an Schulen, der Einsatz von Waffen oder Vergewaltigungen in kurzer Zeit krass zunahm. Der große Zuspruch zu der in Israel propagierten Ideologie des Zionismus nimmt ab.

Was tat sich in der letzten Zeit in der Arbeiterpartei, die vor kurzem vom Gewerkschaftsführer der Histadruth, Peretz, gegründet wurde?

Gegründet wurde die Partei Anfang 1999 vor dem Hintergrund von vier Generalstreiks in vier Jahren mit bis zu 400.000 Beteiligten. Die neue Partei hat den Anspruch, die Interessen aller ArbeiterInnen einzusetzen: Ob Aschkenasim oder Sephardim, israelisch oder palästinensisch, neu Zugewanderte oder in Israel geboren. Leider ist die Partei mit dem Namen „Am Echad“ (Ein Volk) wenig kämpferisch, betreibt eine Art Personenkult um Histadruth-Vorsitzenden Amir Peretz und distanzierte sich gar von dem Generalstreik im März 1999. Kein Wunder, dass sie nur zwei Parlamentssitze erobern konnte.

Wofür tritt Maavak Sozialisti ein?

Wir haben das Entstehen der Arbeiterpartei von Anfang an unterstützt. Allerdings kämpfen wir gegen die undemokratischen Methoden und treten für ein klassenkämpferisches und sozialistisches Programm ein.

Meiner Meinung nach ist es nötig, in der Bewegung ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina (mit einem offenen Status für Je-



Mandy Rabin

rusalem als Hauptstadt beider Staaten) und für eine freiwillige sozialistische Föderation im Nahen Osten zu fordern.

Wir engagieren uns aber auch ganz konkret gegen Sozialabbau und versuchen, im Kleinen Beispiel zu geben. Wir unterstützten einen Streik von Beschäftigten der Wasserversorgung. Bei einer Versammlung von 2000 Arbeitern wurde von einem Kollegen unter großem Beifall unser Flugblatt mit allen unseren Forderungen verlesen.

Maavak Sozialisti steht noch am Anfang. Wir sind dabei, unsere ersten Gruppen aufzubauen. Aber täglich wird deutlicher, wie dringlich der Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Kraft in Israel und Palästina ist.

## Südafrika: ANC verbürgerlicht

Weizman Hamilton ist Aktivist in der Gewerkschaft NEHAWU und in COSATU und Mitglied von *Socialist Alternative*, der südafrikanischen Schwesterorganisation der SAV. Mit ihm sprach *Sascha Stanicic* über die Realpolitik des ANC.

Vertritt der ANC noch die südafrikanischen Massen und inwieweit hat der ANC eine neoliberale Politik übernommen?

Die ANC-Regierung herrscht im Namen der Massen, die sie ins Amt gebracht haben, aber sie herrscht auf der Basis einer Politik, die die Interessen des Großkapitals vertritt. Die Regierung vertritt nicht die Interessen der Massen. Die Massen haben für den ANC trotz und nicht aufgrund seiner Politik gestimmt. Sie haben für den ANC gestimmt, um die Demokratische Partei zu schlagen, die eine sehr provokative und offen rassistische Kampagne geführt hat. Ein weiterer Faktor war die fast vollständige Desintegration der Nationalistischen Partei. Gewerkschaftsaktivisten von COSATU haben für den ANC Wahlkampf gemacht in der Hoffnung, dass eine Zwei-Drittel-Mehrheit die durch die Verfassung existierenden Hindernisse beseitigen würde und dann die Erwartungen erfüllt würden.

Wie sieht die Wirtschaftspolitik des ANC aus?

Der anhaltende Rechtsruck des ANC in den 90ern zeigt sich im Fallenlassen der Freiheits-Charta und ihren Verstaatlichungsklauseln, gefolgt vom Überbord-Werfen des wenig radikalen, aber immer noch reformistischen Programms für Wiederaufbau und Entwicklung. Der Rechtsschwenk gipfelte in der Annahme der neoliberalen Strategie für Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung (GEAR). Dies ist hausgemachtes IWF-ähnliches strukturelles Anpassungspro-

gramm. GEAR hat das Haushaltsdefizit erfolgreich reduziert und die Inflation und Zinssätze gesenkt. Aber es ist dabei gescheitert Investitionen aus dem Ausland anzuziehen, Investitionen zu erhöhen und zu Wirtschaftswachstum zu führen. Es ist vor allem in der Frage gescheitert, die für die Arbeiterklasse am meisten zählt – Arbeitsplätze. Die Aufhebung von Zöllen im Textil- und Bekleidungsbereich hat zum Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen geführt, weil billige Produkte die heimische Industrie untergraben haben, alles im Namen der „Öffnung der Wirtschaft für den globalen Wettbewerb“. Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, waren am Ende der ersten Legislaturperiode des ANC eine halbe Million Menschen mehr arbeitslos als 1994. Heute ist Südafrika weiterhin nach Brasilien das Land mit der zweitgrößten Ungleichheit. Es hat weltweit die höchste Kriminalitäts- und HIV-Infektionsraten.

Die Regierung bereitet nun den Abbau von 55.000 Stellen im öffentlichen Dienst vor, als ersten Schritt eines Programmes, das die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst um 300.000 reduzieren soll.

Gab es Proteste der südafrikanischen Arbeiter?

Unmittelbar nach den Wahlen gab es eine riesige Bewegung gegen eine Welle von Entlassungen. Die Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst hat die Wut der Arbeiterklasse weiter aufgeheizt und führte zur Teilnahme von 600.000 Arbeitern in Südafrikas erstem Generalstreik im öffentlichen Dienst, in dem weisse Lehrer zum ersten Mal überhaupt Massenaktionen durchgeführt haben. Es wird erwartet, dass die Anzahl der durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstage 1999 drei Millionen erreichen wird – die höchste Zahl seit 1994.



## Ungarn: Streik

In Ungarn kam es im Januar zum heftigsten Arbeitskampf seit Jahren, als die Eisenbahner fast den gesamten Schienenverkehr lahm legten. Der Güterverkehr, Schnell- und IC-Züge, sowie die internationalen Verbindungen wurden eingestellt. Es wurde lediglich ein Notbetrieb eingerichtet. Ihre Forderung war unter anderem 14 Prozent mehr Lohn, da die von der staatlichen Bahn angebotene Lohnerhöhung von 8,5 Prozent nicht ausreichte. Die Inflationsrate lag 1999 in Ungarn bei knapp 10 Prozent. Solidarisch mit dem Streik erklärten sich andere Gewerkschaften sowie das Fahrpersonal der Budapester Verkehrsbetriebe, dass an einem Tag absichtlich um eine halbe Stunde zu spät zur Arbeit kam.

Der Streik wurde nach 60 Stunden beendet, mit dem Vorbehalt, ihn Ende Januar wieder aufzunehmen, falls es zu keiner Einigung kommen sollte.

## Löhne in Rußland

Das Realeinkommen ist in Rußland im letzten Jahr um 15% zurückgegangen. Das durchschnittliche Monatsgehalt sank nach Angaben des Moskauer Wirtschaftsministeriums um 10 Prozent auf umgerechnet 127 DM. Das Existenzminimum von 68 DM haben nicht einmal 50 Millionen Russen zur Verfügung.

## Luxussiedlungen

Mit Pfeil und Bogen und Speeren und Macheten griffen Bewohner von der indonesischen Insel Bintan Ferienanlagen an, die unter anderem von Club Med und dem luxuriösen Banyan Tree geführt werden. Die Insulaner wurden 1991 von ihrem Land vertrieben. „Wir nehmen uns das Land zurück, wenn wir nicht ordentlich bezahlt werden“ sagt der Kokosnußbauer Mahusin Jafar. Ihnen wurde statt des Marktpreises von 10.000 Rupien (drei DM) nur 100 Rupien (drei Pfennig) pro Quadratmeter ausbezahlt.

## Übergewicht

„Die beiden Extreme Hunger und Fettleibigkeit sind in zunehmenden Maße in allen Gesellschaften zu finden“, sagt ein Bericht des World-Watch-Instituts über den Zustand der Welt im Jahr 2000. Demnach leiden, mehr als je zuvor, nämlich 1,2 Milliarden Menschen an Hunger und Krankheiten. Sie erhalten zuwenig oder zu minderwertige Nahrung. Auf der anderen Seite sind 1,2 Milliarden krank, weil sie zuviel oder zuviel Ungesundes essen. Der Anteil an Übergewichtigen nähert sich in Brasilien (31%) und Kolumbien (43%) Europa immer mehr an.

## Der deutsche „Pate“

Der italienische Ex-Staatsanwalt Di Petro war vor einigen Jahren an der Aktion „saubere Hände“ beteiligt, die zum Zusammenbruch einiger korrupter Parteien in Italien beitrug. Zur Spendenaffäre in Deutschland sagte er: „Ein führendes deutsches Magazin hat einmal, um das korrupte Italien zu symbolisieren, ein Foto mit einer Pistole inmitten eines vollen Tellers Spaghetti gezeigt.“ Diesmal sei eine Neuauflage dieses Pistolen-Bildes wohl mit Sauerkraut und Klößen angebracht. Die Parteienfinanzierung in Deutschland hält er für noch verwerflicher, als das italienische System. In Italien seien die Politiker jeweils nur für ein Projekt geschmiert worden und hätten keinen permanenten Zufluß an Geldern bekommen.

für Tschetschenien und für den Rückzug der russischen Truppen. Wir erklärten den russischen Arbeitern, daß es darum ginge, die Regierung, die diesen Krieg begonnen hatte zu stürzen. Wir warnten aber auch davor, daß ein kapitalistisches unabhängiges Tschetschenien regiert werden würde von Kriegshetzern wie Basajew. Deswegen konnte der Kampf für Unabhängigkeit nicht getrennt werden vom Kampf gegen Kapitalismus in Russland und Tschetschenien. Dies würde einen gemeinsamen Kampf von russischen und tschetschenischen Arbeiter für eine freiwillige Föderation von Arbeiterstaaten im Kaukasus und Rußland selber bedeuten.

Unser Programm ist in diesem Krieg das gleiche geblieben. Der einzige reale Unterschied zwischen diesen beiden Kriegen ist, dass die Regierung diesmal im Vorfeld die öffentliche Meinung besser manipuliert hat.

## Kriminalität

Dieser Krieg ist laut Putin, der von vielen westlichen Regierungen, trotz ihrer halbherzigen Kritik seiner Methoden, unterstützt wird, ein Krieg gegen Banditen und internationalen Terrorismus. Berichte, die behaupten, die Horror-Bomben in Moskau und anderen Städten seien vom russischen Geheimdienst gelegt worden um den Krieg zu rechtfertigen, gewinnen an Glaubwürdigkeit. Bis heute sind niemals Beweise für Verbindungen zu Tschetschenen erbracht worden.

Ein dramatisches Anwachsen von Kriminalität hat die Restauration des Kapitalismus in ganz Rußland begleitet. Daß es eine relativ hohe Kriminalität in Tschetschenien gibt, inklusive Kidnapping und Banditerie, ist die direkte Konsequenz der russischen Regierungspolitik. In Tschetschenien hat der erste Krieg Wohnungen, Fabriken und die Infrastruktur zerstört. Die Jugend ist arbeitslos ohne Einkommen und ohne Zukunft. Sie sind deswegen bereit irgendwelchen Kriegsfürsten zu dienen, die sich nach dem Krieg der Kriminalität zugewandt haben, um ihr Geld damit zu machen.

## Innenpolitische Lage

Wie der erste wurde dieser Krieg von Russland provoziert, diesmal als Teil einer Wahlstrategie. Die Bourgeoisie hat es bisher nicht geschafft eine politische Partei aufzubauen, die ihre Interessen vertritt. Der frühere KGB-Offizier Putin ist der Vorschlag der „Familie“, der korrupten Clique um Jelzin und wird die Privilegien und Vorteile der Bourgeoisie nicht antasten.

Die Propaganda über einen kurzen und siegreichen Krieg konnte Wahlunterstützung mobilisieren. Sie entwarfente zusätzlich die oppositionellen Parteien, da keiner diesen Krieg ablehnt. Der „Kommunistenführer“ Sjuganow ist unter den eifrigsten Unterstützern des Krieges.

Dieses zynische Manöver fiel zusammen mit einem dramatischen Steigen des Ölpreises. Dies reduzierte die Abhängigkeit Russlands von ausländischer Hilfe und West-einfluß. Die westliche Heuchelei in ihrer Kritik an Russland, nachdem sie im Kosovo die gleichen Taktiken angewendet hatten, ermöglichte das Ausspielen der nationalen Karte.

## Bevölkerung für Krieg?

Die Unterstützung für diesen Krieg ist nur oberflächlich da. Es war hauptsächlich ein Propagandathema im Wahlkampf. Die meisten Menschen waren zu sehr mit Problemen beschäftigt, die sie direkt betreffen, die Auszahlung ihrer Löhne, das Schicksal ihrer Fabriken. Erste Anzeichen, daß die Propaganda durchschaut wird, sind zu sehen. Wenn der Krieg länger andauert und die Wahrheit über die Opfer bekannt wird, ist es wahrscheinlich, daß der Krieg genauso unpopulär wird wie der erste. Und wie es so oft der Fall ist in Rußland, unterstreichen diese Ereignisse einmal mehr die Notwendigkeit für eine echte Arbeiterpartei. ■



Wie schon 1994 hat die in Russland herrschende Clique den Krieg gegen Tschetschenien provoziert

# Stoppt den Krieg in Tschetschenien

Selbst Putin muss jetzt zugeben, daß der Krieg ihnen doch einige Probleme bereitet und nicht so schnell zu beenden ist wie geplant. Vorboten waren die Entlassung von zwei Generälen und die Feuerpause am orthodoxen Weihnachten am 7. Januar, die eine Neuformierung der Kräfte ermöglicht. Gegenangriffe der Tschetschenen haben zu dem Verlust von drei Städten geführt. Die Eroberung von Grosny wurde für Anfang Dezember versprochen, dann vor den Wahlen, dann für das neue Jahr. Die Realität scheint weit davon entfernt. Das berichtet der Korrespondent der russischen Schwesterorganisation der SAV.

Rob Jones, Moskau,

Selbst westliche Führer, die Jelzin den Rücken gedeckt haben sind gezwungen gegen die Brutalität des Krieges zu protestieren. Das Massaker von 40 Zivilisten in Alkhan-Yurt und die erzwungene Rückführung von Flüchtlingen hat die Bitterkeit bei den Tschetschenen verstärkt. Gleichzeitig verheimlichen die russischen Massenmedien die wahre Zahl der Opfer. Am 10. Januar sprach die Armee von 27 russischen Soldaten, die bei der Schlacht von Argun gefallen wären, in den Medien aber wurden nur zwei Tote vermeldet.

## Kampf um Unabhängigkeit

Die Tschetschenen haben sich über Jahrhunderte dem Anschluß an das russischen Empire widersetzt. Sie gewannen 1917 für kurze Zeit ihre Unabhängigkeit nachdem sie und das nachbarliche Inguschetien sich im Bürgerkrieg der Seite der sowjetischen Republik angeschlossen hatten. Lenin argumentierte für die Selbstbestimmung und war gegen eine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft im Kaukasus. Die Tschetschenen fielen jedoch Stalin und seiner bürokratischen Herangehensweise an die nationale Frage zum Opfer. Er spaltete den Kaukasus auf und entfremdete die Bauernschaft mit einer Zwangskollektivierung. Obwohl viele Tschetschenen heldenhaft

gegen die Nazis gekämpft hatten, wurde die gesamte Nation von Stalin, nach Kasachstan deportiert, da er glaubte sie würden Russland verraten.

## Unabhängige Republiken

In den frühen 90ern förderten die neuen Kapitalisten das Aufbrechen des sowjetischen Staates und der Planwirtschaft um den Beziehungen des kapitalistischen Marktes freien Lauf zu geben. Jelzin gab den Republiken die Instruktion „Nehmt soviel Souveränität, wie ihr könnt“. Anfangs unterstützte er den tschetschenischen Führer Dudajew im November 1991, der einen Aufstand gegen den früheren Sowjet-Boss anführte. Als der Aufstand aus der Hand lief, sendete Jelzin Truppen in die Region. Diese kamen nicht weit und konnten zum Rückzug gezwungen werden.

Tschetschenien-Inguschetien wurde in zwei Republiken gespalten, der letzteren wurde als loyal zu Moskau stehende Zone ein steuerfreier Status gewährt. Tschetschenien verweigerte Steuerzahlungen. Dies schuf der früheren Sowjet-Bürokratie sowie den aufsteigenden Neu-Kapitalisten einen Hafen, in dem sie ihr gestohlenen Geld aus ehemaligen Staatsbetrieben oder den Arbeiterlöhnen und -sicherheiten waver-

schon konnten.

## Starkes Rußland

Aber die russische Elite wurde schnell von dem Neoliberalismus der Typen wie Gaidar, Federow und Tschubais desillusioniert. Die Hilfe, die ihnen aus dem Westen versprochen war, materialisierte sich nicht. Sie zogen die Schlußfolgerung, dass es nötig sei, das Aufbrechen Russlands rückgängig zu machen um dem russischen Kapitalismus zu mehr Stabilität zu verhelfen. Die militärische Auflösung des russischen Parlamentes 1993 öffnete eine Periode der Stärkung und der Konsolidierung des neuen kapitalistischen Staates. Dies führte zum ersten von Russland provozierten Krieg gegen Tschetschenien von 1994 bis 1996.

## Erster Krieg

Billionen von gewaschenem Geld führten zu Streitereien in der herrschenden tschetschenischen Elite. General Dudajew brach mit seinen früheren Verbündeten und löste das Parlament auf. Rußland finanzierte und bewaffnete die Opposition, um Grosny anzugreifen. Jedes Mal ohne Erfolg. Aber dies bereitete das Alibi für die Invasion Tschetscheniens vor. Diese Entscheidung wurde übrigens auf der Geburtstagsparty des damaligen Verteidigungsministers General Grachew getroffen.

Die ersten Soldaten bekamen den Befehl, zuerst die Bankarchive zu verbrennen, um das Beweismaterial für das gewaschene Schwarzgeld zu vernichten.

Der Krieg wurde ein Desaster für Rußland. Die Truppen waren vollkommen unvorbereitet und unwillig in den Krieg zu ziehen. Die Generäle waren inkompetent und korrupt. Die gut ausgerüstete Armee Tschetscheniens, die ihre Waffen über russische Offiziere bezog, konnte der feindlichen Armee ernsthafte Niederlagen zufügen. Zum zweiten Mal mußten die Russen den Rückzug aus Grosny antreten.

## Krieg unpopulär

Auch die russische herrschende Elite war damals uneinig über den Angriff auf Tschetschenien. Der neoliberale Flügel sah ihn als Versuch der alten Garde, die für starke Staatsinterventionen stand, sich zu restaurieren. Deren oppositionelle Reden ermutigte die Bevölkerung den Krieg abzulehnen. Bergarbeiter protestierten, als ihnen wegen dem Krieg kein Lohn ausgezahlt wurde. Die Soldaten-Mütter-Organisation war sehr aktiv. Aber obwohl der Krieg so unpopulär war, blieb die Opposition größtenteils passiv.

## Unser Programm

1994-96 argumentierten wir für das Recht auf Selbstbestimmung



Tschetschenische Flüchtlinge in Inguschetien. Der Westen protestiert höchstens symbolisch gegen den Krieg.

## Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

### Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

### SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

### Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

### Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die

Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuererlöse an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

### Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

## Wofür wir kämpfen:

### Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

### Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

### Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

### Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

### Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

### Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

### Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

### Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

### Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion zum Euro

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

## Warum ich bei der SAV mitmache

### Rita Werner, Köln

In meiner Eifel-Heimat kamen die Errungenschaften der 68er pünktlich mit fünf Jahren Verspätung an. 1972 zogen wir für „Willy wählen“ mit roten Fähnchen durchs Dorf. Logisch war dann der Eintritt in die SPD, mit den Jungsozialisten wollten wir die ländliche Verschlafenheit aufbrechen, wollten ein Jugendzentrum aufbauen.

Doch schon bald kam es zu Konflikten mit der Alt-Herrenriege der SPD. Ausgetreten bin ich 1981, als bei einem Familienfest der SPD alle Frauen tagelang geschuftet haben, während die Männer am Tresen die Weltpolitik diskutierten.

Über die Frauenbewegung kam ich dann zu den Grünen. Da ich was verändern wollte, trat ich

ein und wurde in den Stadtrat gewählt. Doch die Grünen in meinem Ortsverein kamen aus dem bürgerlich-christlichen Lager oder waren frustrierte Intellektuelle, die ihr Heil in gesunder Ernährung und Windrädern suchten. An wirkliche gesellschaftliche Veränderung wurde kein Gedanke verschwendet. Auch den Grünen kehrte ich den Rücken, machte einen weiten Bogen um jede Partei und arbeitete in autonomen Kulturprojekten mit.

Dann kam der Kosovo-Krieg. Zumindes gewählt hatte ich die Grünen und mich gefreut, daß die CDU endlich weg war. Jetzt verkauften Fischer und Scharping den Krieg als humanitäres Mittel. Ich habe nach Leuten gesucht, die protestierten, die verstanden hatten, daß dieser Krieg für Macht- und Profitinteressen

geführt wird.

Meinen Schwur, niemals wieder einer Partei beizutreten, brach ich, als ich die SAV kennenlernte. Ihre Analysen deckten sich mit meinen. Ich erlebte ein gleichberechtigtes Miteinander bei den Treffen, einen hohen Anteil von aktiven Frauen und konkret formulierte Wege und Ziele für eine Gesellschaft, die besser ist als der Kapitalismus, der jeden menschlichen Keim erstickt.

Seit November 99 bin ich Mitglied, ich habe mich bei meiner politischen Arbeit noch nie so wohl gefühlt. Es gibt eine Menge zu tun und ich kann nur jedem empfehlen, sich unser Partei anzuschließen und am Aufbau einer sozialistischen Alternative mitzuwirken.

## Spenden von unten gegen die da oben

# Wir brauchen 25.000 Mark!

Während es den PolitikerInnen der CDU gerade eiskalt den Rücken herunterläuft, wenn in ihrer Nähe das Wort „Spenden“ ausgesprochen wird, kann die SAV aus tiefster Überzeugung alle Mitglieder, UnterstützerInnen und LeserInnen der VORAN auffordern, große und kleine Beträge an uns zu spenden.

Allerdings wollen wir eines sofort klarstellen: durch eine Spende an die SAV, mag sie auch in noch so vielen Aktenkoffern übergeben werden, kann man keinen Bau von Waffenfabriken erreichen und es wird auch niemand den Zuschlag zum Kauf eines privatisierten Betriebes bekommen. Die gewählten Mitglieder der SAV-Bundesleitung werden von Spenden auch keine üppigen Geburtstagsfeiern veranstalten.

Wir werden unserer Tradition treu bleiben, und jede Mark, die uns erreicht, zur Verbreitung von Gegeninformationen zu den Nachrichten der kapitalistischen Medien, zur Propagierung sozialistischer Ideen, zur Organisation von Kampagnen gegen Sozialabbau und Privatisierungen, für antifaschistische Aktionen und zum Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei verwenden – auch wenn wir damit gegen den Strom der Praxis der anderen Parteien schwimmen.

Ziel unserer aktuellen Spendenkampagne ist es, bis zum 31. Juni 25.000 DM zu sammeln. Von diesem Geld wollen wir zum einen die Arbeit des Komitees für eine Arbeiterinternationale, der internationalen Organisation der die SAV angeschlossen ist, unterstützen. Konkret wollen wir unserer nigerianischen Schwesterpartei, der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung (englische Abkürzung: DSM), behilflich sein eine Computer-Ausrüstung anzuschaffen. Die DSM spielt eine wichtige Rolle im Kampf für wirkliche demokratische und gewerkschaftliche Rechte, in einem Land, in dem bisher nur auf dem Papier die Demokratie eingeführt wurde.

Ausserdem soll von den Spenden

der für Juli 2000 geplante Umzug der SAV-Bundeszentrale von Köln nach Berlin finanziert werden. Berlin ist seit einigen Monaten Regierungssitz und Hauptstadt und wird immer mehr zum Zentrum des Protestes – von den Mobilisierungen gegen das erste Schrödersche Sparpaket bis zur Demonstration zur Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Berlin ist auch Schnittstelle zwischen Ost und West und der Ort, in dem sich politische Entwicklung in der Linken am schnellsten niederschlagen werden. All das sind wichtige Gründe, den Sitz der Leitung einer sozialistischen Partei in diese Stadt zu verlegen. Der SAV-Bundesvorstand erhofft sich von diesem Umzug auch eine neue Dynamik für den Aufbau der SAV in Ostdeutschland.

Da ein solcher Umzug mit erheblichen Kosten verbunden ist, soll der Großteil der eingehenden Spenden hierfür verwendet werden. Jede Spende ist willkommen und wird gebraucht (außer solche von Großbanken und Waffenschneidern): ob zehn DM eines armen Schülers, 100 DM eines Arbeitslosen oder 2.000 DM eines Angestellten. Also, auf zur Bank und eine Überweisung ausfüllen oder die Spende bei Eurer SAV-Ortsgruppe abgeben!

**Konto-Nr.: 2500 59 430**

**Postbank Essen**

**BLZ 360 100 43**

<p>Ich erteile VORAN e.V. eine <b>Einzugsermächtigung</b> über:</p> <p>_____ DM <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich</p> <p>Kontoinhaber, Anschrift _____</p> <p>KontoBank, BLZ _____</p> <p>Ort, Datum, Unterschrift _____</p>	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------

## Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

### Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, „Au petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119  
OG Nord: zu erfragen unter 0241/508685  
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Welt-Haus, An der Schanz 1  
OG Mitte/Süd: Mi. 19.Uhr, Ché-Haus, Pontstraße 41  
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

### Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfeforum, Fennstr. 31, S-Bahnhof Schöneweide  
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee  
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

### Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230.  
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Dresden

OG Dresden: Freitags, 18.30 Uhr im Stadtteilhaus Neustadt, Prießnitzstr. 18

### Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58. Infos unter (0761) 4 16 32 oder www.SAV-Freiburg-Online.de

### Hamburg

Infos unter Tel. (040) 76621797

### Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

### Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

### Rostock

OG Rostock: Donnerstags, 19.00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

### Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor  
Infos, Tel.:(0271) 51 291

### Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9  
Infos unter Tel.:(07 11) 242442

### Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.:(0221) 13 45 04: Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Frankfurt/Main und Göttingen.

**Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 23. 1. 2000**  
**Die nächste VORAN erscheint am 1. 3. 2000**

**VORAN** Inforessum

Voran, Hansaring 4, 50670 Köln  
Tel.: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04,  
Fax 02 21/13 72 80  
e-mail: SAVBUND@AOL.com  
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic  
Erscheinungsweise: Monatlich  
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
Bankverbindung:  
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

# CDU will Köln plündern

Protest der SAV vor dem Kölner Rathaus. Die neue Ratsmehrheit aus CDU und FDP will umfangreiche Privatisierungen durchsetzen. Müllentsorgung, Abwässer, Nahverkehr, Stromversorgung, die städtischen Kliniken, die Messe und städtische Wohnungen sollen in die Hände privater Konzerne gelangen, die einzig und allein für den Profit ihrer Aktionäre wirtschaften.

Eigentlich hatte die ÖTV auch zu Protesten gegen die Ausverkaufs-Pläne der CDU aufgerufen, aber hatte einen Rückzieher gemacht, nachdem die CDU von ihrer Maximalforderung „Alles verscherbeln!“ abgerückt war und in Gespräche mit der Gewerkschaft eingestiegen war. Dabei ist die Taktik der CDU nur allzu durchsichtig: erst wird ein Horrorszenario der vollständigen Privatisierung aufgebaut, dann zieht man zurück, setzt auf die Erleichterung der Gewerkschaftsführer, dass doch alles nicht so schlimm sei, und zieht dann Schritt für Schritt den Verkauf der profitablen Bereiche durch, den man von Anfang an geplant hatte.

Es gibt dabei nichts zu verhandeln, die ÖTV sollte sofort alle Gespräche über die Privatisie-

rung abbrechen. Mit Hilfe der anderen Gewerkschaften könnten auch die Bevölkerung, die als Nutzer öffentlicher Dienstleistungen betroffen ist sowie die MieterInnen der städtischen Wohnungen mobilisiert werden. Die SAV schlägt vor, einen eintägigen Proteststreik im öffentlichen Dienst zu organisieren, um den Kampf gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu beginnen.

Im Januar rückte die CDU mit neuen Plänen raus: der „Köln-Pass“, der Geringverdienern und Sozialhilfeempfängern günstige Tickets für Bus und Bahn, Schwimmbäder und Theater ermöglicht, soll abgeschafft werden. Auf einem Informationsstand der SAV im Stadtteil Kalk konnten wir in eineinhalb Stunden über 100 Unterschriften gegen die Abschaffung des Passes sammeln. Viele sind empört über die Attacke auf Bedürftige und wollen etwas dagegen machen. Die SAV fordert daher Gewerkschaften, linke Organisationen, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf, gemeinsame Proteste zu organisieren.

Claus Ludwig



# Sozialismus 2000



Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten

**Berlin**  
21.-23. April

Freitag, 19 Uhr:

★ **Sozialismus international:** Veranstaltung mit RednerInnen aus Russland, Irland, Schottland und Deutschland

Samstag ab 10 Uhr:

★ **Marx – größter Denker oder größter Utopist des Jahrtausends?**  
★ **Veränderung durch Parlamente?** Debatte zwischen der SAV und einem Abgeordneten der PDS

Sonntag ab 10 Uhr:

★ **Sozialismus und Antifaschismus –** Debatte zwischen der SAV und einem Vertreter der autonomen Antifa  
★ **Plan contra Markt –** wie eine sozialistische Planwirtschaft funktionieren kann

... sowie weitere Veranstaltung, Filme und eine Party am Samstagabend

Anmeldung und weitere Infos unter 02 21 / 13 45 04

# Siegen: Kein Raum für Nazis

Das Siegener Bündnis „Menschen gegen Rassismus und Faschismus“ hat es bereits nach kurzer Zeit geschafft sein Ziel, die „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), eine gefährliche Naziorganisation, aus ihrem angestammten Treffpunkt in der Siegener Kneipe „Prelbock“ zu vertreiben. Erste Anwohnerinformationen und Unterschriftensammlungen, durch die die Krombacher Brauerei, als verpachtende Brauerei, dazu aufgefordert wurde, keine Nazis in der Kneipe „Prelbock“ zu dulden, hatten zur Folge, daß die Brauerei eine Zusatzklausel in den Pachtvertrag aufnahm.

Diese verbietet dem Wirt des Prelbocks, Nazis in seiner Kneipe zu beherbergen. Die SAF mußte Folge leisten.

Im Kreis Siegen-Wittgenstein und dem Sauerland existiert mit der SAF eine der laut Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen von 1997 landesweit aktivsten Neonazi-Gruppierungen. Die SAF besteht seit 1991 und hat zur Zeit etwa 60 Mitglieder. Angehörige der SAF waren in der Vergangenheit bundesweit an neonazistischen Aufmärschen beteiligt und wurden teilweise von ihren Führern mitorganisiert. Einige ihrer Mitglieder stellen Bindeglieder zu internationalen Naziorganisationen dar. In einem Fall war ein Mitglied

der SAF, das gerade eine 18-monatige Freiheitsstrafe unter anderem wegen Volksverhetzung abgesessen hat, an einem Überfall auf ein Jugendzentrum in Norddeutschland beteiligt. In Siegen selber existiert(e) die personenidentische neonazistische Hooligan-Kameradschaft „Siegener Bärensturm“, die regelmäßig durch Krawalle bei den Fußballspielen der Siegener Sportfreunde auffällt und per Internet zu Gewalttaten bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich aufrief.

Treffen verhindern

Trotz des Erfolges gegen die SAF ist die Arbeit des Bündnisses nicht beendet. Denn die Nazis sind nicht lange heimatlos geblieben sind. Sie suchten sich in der Nähe eine neue Kneipe (Bürgerstübchen, Sandstr. 90 in Siegen) als Treffpunkt. Das Bürgerstübchen, welches wiederum durch die Krombacher Brauerei beliefert wird, dient ihnen nun als neuer Raum, sich zu organisieren und um ihre Aktivitäten zu planen. Bereits in der Vergangenheit ist es in der näheren Umgebung von Nazi-Treffpunkten zu Übergriffen auf AusländerInnen und Andersdenkende gekommen. Auch wenn es bisher nur zu verbalen Bedrohungen kam (siehe VORAN 12/99), geht von diesen Treffen eine potentielle

Gefahr aus, die sich mit jedem ihrer Treffen erhöht. Wir denken daher, daß es notwendig ist, diese Treffen zu verhindern. Nur dann, wenn den Nazis kein Raum zur Verfügung steht, kann ihnen die Möglichkeit genommen werden, sich zu organisieren, ihre Aktivitäten zu planen, und ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, die letztlich darauf abzielt, alle demokratischen Rechte zu zerschlagen.

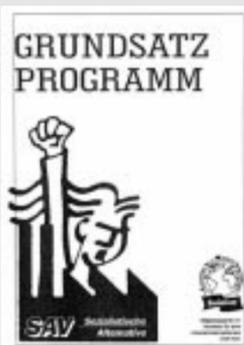
Aktiv werden!

Auf einem Aktionstag in der Siegener Innenstadt wurde die Öffentlichkeit informiert und Unterschriften für die Forderung nach einer generellen Zusatzklausel in allen Pachtverträgen der ansässigen Brauereien sowie gegen die Bereitstellung öffentlicher Räume an Nazis gesammelt. Dieser Aktionstag, der große positive Resonanz fand, ist natürlich nur ein erster Schritt, auf dem Weg, Nazis konsequent zu bekämpfen.

Wir fordern alle SiegenerInnen auf, zu unseren Treffen an jedem ersten und dritten Dienstag um 19 Uhr im VEB, Marienborner Straße 16 in Siegen zu kommen.

Juliane und Alexandra, Studentinnen aus Siegen

## Bücher und Broschüren



Das Grundsatzprogramm der SAV

Preis 4 DM + 1,50 DM Porto



Das Programm der SAV zum Kampf gegen Rechts

Preis 3 DM + 1,50 DM Porto



Artikel aus der VORAN mit Beiträgen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Preis 4,50 DM + 1,50 DM Porto

## SAV im Internet

- VORAN
- Broschüren
- Informationen

[www.sav-online.de](http://www.sav-online.de)

## Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profit-systems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201  
Fax: 0044/181/985 0757  
E-Mail: [inter@dircon.co.uk](mailto:inter@dircon.co.uk)  
website: <http://www.clubi.ie/dojo/cwi/inde>



# Marxistische Analyse zur DDR 1989/90 Verkaufsoffensive fortsetzen!



Die vorherrschenden Medien von Tagesthemen bis BILD stellen die Ereignisse, die 1989/90 zum Sturz des SED-Regimes und zur Vereinigung von BRD und DDR geführt haben, als eine Volksbewegung für die kapitalistische Marktwirtschaft dar. Robert Bechert führt in seinem neuen Buch „Die gescheiterte Revolution“ aus, dass die Massenbewegung im Herbst 1989 eine antistalinistische politische Revolution war, die in ihren Anfängen die Hoffnung auf eine sozialistische Demokratie zum Ausdruck brachte.

Bechert beschreibt unter welchen Bedingungen die alten stalinistischen Machthaber und die Kohl-Regierung der BRD diese Revolution in Richtung kapitalistischer Einheit ablenken konnten. Dieses Buch behält auch im Jahr

2000, in dem sich die Vereinigung von BRD und DDR zum zehnten Mal jähren wird, seine Aktualität. Es ist eine herausragende Analyse der Ereignisse und beschreibt Geschichte nicht aus der Sicht des Siegers, sondern aus der Sicht eines Teilnehmers der Massenbewegung.

Alle SAV-Ortsgruppen sind aufgefordert die Verkaufsoffensive für „Die gescheiterte Revolution“ fortzusetzen. Bisher wurden 308 Bücher verkauft, das Ziel bis Ende April ist 500 Bücher. Legt ausreichend Bücher bei jedem Info-Stand und jeder Veranstaltung aus! Bietet das Buch allen SAV-Mitgliedern und UnterstützerInnen an! Bietet es örtlichen Buchhandlungen zum Verkauf an!

Bestellungen an die Redaktion VORAN, Preis DM 20,- + Porto

# Demonstrationsrecht verteidigen!

Letzten Monat ließ der Berliner Polizeipräsident die größte traditionelle Kundgebung der Linken in Deutschland verbieten. Zum Gedenken an die Ermordung der revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht findet jedes Jahr Anfang Januar eine Ehrung unter Beteiligung von 80.000 bis 100.000 Menschen statt. Mehrere Tausend beteiligen sich auch an der damit verbundenen Demonstration. Ehrung und Demonstration wurden in diesem Jahr kurzfristig verboten, nachdem es eine Attentatsdrohung gegeben hatte.

Aron Amm, Berlin

Es war das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte von Berlin, dass eine Demonstration auf Grund eines Drohbriefes untersagt worden war. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen. Das Vorgehen von staatlicher Seite war nichts anderes als eine offene Provokation für die Linke. Dem Kapital und seinen Handlangern in Staat und Politik, ist diese massenhafte Sympathiebekundung für zwei SozialistInnen seit Jahren mehr als nur ein Dorn im Auge. Der traditionelle Gedenktag zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – mit der Jahr für Jahr steigenden Beteiligung – ist ein Schlag ins Gesicht für die Herrschenden. Welcher andere deutsche „Politiker“ genießt ein solches Ansehen, dass noch Jahrzehnte nach seinem Tod (bzw. nach der Ermordung) Zehntausende Jahr für Jahr für ihn auf die Straße gehen?

Der PDS-Parteivorstand gab vor dieser staatlichen Provokation klein bei und machte bei der Demobilisierung gemeinsame Sache mit dem Berliner Senat und dem Staatsapparat.

Dennoch demonstrierten am traditionellen Jahrestag 5.000 Menschen. Damit ließen sich Tausende nicht einschüchtern. Das ist ein Erfolg für alle SozialistInnen und für die Linke in der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Eine Woche später, bei der von staatlicher Seite schließlich genehmigten Ehrung der Sozialisten in der Gedenkstätte in Friedrichsfelde, kamen mehr als 80.000 zum „stillen Gedenken“. Sie hatten sich nicht davon beeindrucken lassen, daß der Urheber der Attentatsdrohung noch nicht gefaßt wurde. Die Ehrung und eine Demonstration hätten also auch wie ursprünglich geplant stattfinden können.

Die PDS-Führung, die sich dem Verbot vor einem Monat beinahe vorbehaltlos beugte, zielte mit ihrer Absage vor allem darauf ab, dem Establishment gegenüber ihre Verlässlichkeit und Anerkennung des bürgerlichen

(Un-)Rechtsstaates zu beweisen. Außerdem will sie nicht mit der Mehrheit der DemonstrantInnen und vor allem nicht mit den eigentlichen Ideen des Gedenktages in Verbindung gebracht werden. Die Demo hatten Gysi, Bisky und Co. bereits in den letzten Jahren nicht unterstützt. Dabei hätten die PDS-Abgeordneten allein durch ihre Anwesenheit dank ihrer Immunität ein wirksamer Schutz sein können.

Die PDS-Führung hätte sich nicht mit Polizeipräsident Saberschinsky und Innensenator Wertebach an einen Tisch setzen dürfen, sondern mit VertreterInnen der verschiedenen Gruppen und Organisationen, die zur Demonstration aufgerufen hatten. Dort hätte das weitere Vorgehen demokratisch diskutiert und entschieden werden müssen. Eine Partei von der Stärke der PDS könnte zusammen mit den anderen linken Organisationen ohne weiteres einen mehrere tausend Mann und Frau starken Ordnungsdienst stellen. Sowohl zum Schutz der Gedenkveranstaltung vor möglichen Attentaten als auch vor den ständigen Übergriffen der Polizei auf die Demonstration.

Dem Verbot nachgeben bedeutet in der Praxis die Entscheidung über die Durchführung von Demonstrationen in die Hände der Polizei zu legen.

Auf der Demo am 9. Januar wurden dutzendfach Vorwürfe gegen die PDS laut: „Jetzt haben diejenigen im Berliner PDS-Vorstand, denen schon immer der Schaum vorm Mund stand, wenn von der Luxemburg-Demo die Rede war, erreicht, was sie schon immer wollten“, so ein ehemaliges Mitglied aus dem Berliner Landesvorstand der PDS. „Wird hier die PDS vorgeführt oder führt die PDS uns vor?“ fragte ein BMW-Betriebsrat.

## Sozialdemokratisierung der PDS

Die Absage der Gedenkfeier von seiten des PDS-Vorstandes steht politisch in einer Reihe mit der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, der angestrebten Unterstützung von UNO-Kriegseinsätzen und dem neuen Programmwurf. Die PDS-Führung kriecht genau zu dem Zeitpunkt in den Hintern der bürgerlichen Gesellschaft, zu dem sie sich als einzige im Bundestag vertretene linke Opposition gegen Bundeswehreinsätze, Sparpaket und Steuerreform hervortun könnte.

Erklärtes Ziel der PDS-Führung ist die Regierungsbeteiligung mit der SPD im Bund ab 2002. Mit dem angestrebten neuen Programm soll dieser Rechts-



ruck theoretisch untermauert werden. Der Parteitag im April, auf dem die Weichen für ein neues Programm gestellt werden sollen, droht zum Godesberg der PDS zu werden. (Auf dem Parteitag von Godesberg 1959 vollzog die SPD eine weitreichende Rechtswende, gab sich ihrerseits ein neues Programm und bereitete ihre Koalitionsregierungen mit CDU bzw. FDP vor).

In den Thesen der Mehrheit der PDS-Programmkommission wird der „Sozialismus“ auf eine Bewegungsrichtung reduziert, und nicht länger als grundlegend andere, zu erkämpfende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden. Die Thesen geben sich der Illusion hin, den Kapitalismus besser managen zu können als die Kapitalisten selber. Mit Forderungen wie der Flexibilisierung der Arbeitszeit oder der Möglichkeit von Bundeswehreinsätzen „nach Einzelfallprüfung“ werden Einfallstore für neoliberale Politik geschaffen.

Die PDS ergreift keine Initiativen, um außerparlamentarischen Widerstand auf den Weg zu bringen. Im Gegenteil. Da sie sich auf die kapitalistische Logik eingelassen hat, zeichnet sie sich auf Kommunal- und Länderebene bereits selbst für Privatisierungen und Sozialabbau verantwortlich.

Es gibt eine Alternative zu dieser Politik der kapitalistischen Sachzwänge: Der Kampf um einzelne Verbesserungen muß – ganz im Sinne von Luxemburg und Liebknecht – mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft verbunden werden. ■

5000 demonstrierten am 9. Januar trotz des Verbotes der Luxemburg-Liebknecht-Gedenkdemo und trotz der Zusammenarbeit der PDS-Spitze mit der Polizei.  
Foto: André Osbahr

## Kriminalisierung der Rosa-Luxemburg-Gedenkfeier



Alle Gewalt geht vom Volke aus? Alle Gewalt geht aufs Volk los: Am 9. Januar, an dem Tag, an dem trotz Verbot eine Demonstration durchgesetzt wurde, nahm die Polizei 219 Festnahmen vor. Mehr als 1.000 Polizisten waren an diesem Tag im Einsatz. Sie waren offensichtlich nicht gekommen, um die Demo-TeilnehmerInnen vor besagtem Attentäter zu schützen. Von zehn Polizisten, die von Diether Dehm, (stellvertretender PDS-Vorsitzender), befragt wurden, kannte nicht ein einziger die Personenbeschreibung des Gesuchten.

Dieses Verbot ist der vorläufige Höhepunkt der in den letzten Jahren vorgenommenen Versuche der Herrschenden, die größte antikapitalistische Demonstration in Deutschland zu verhindern. Letztes Jahr kam es vor dem Hintergrund von Einsätzen des Bundesgrenzschutz und Polizei zu Pferde bereits zu 39 Verhaftungen. Damit steht der bürgerliche Staatsapparat ganz in der Tradition der Staatsbürokraten in der ehemaligen DDR. Auch die lieben bei der Gedenkfeier Jugendliche verhaften, die eine Transparent mit dem Satz von Rosa Luxemburg entrollt hatten: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“.